

OUT OF F DAHLEMM

NO. 8

NO. 8

DAS MAGAZIN DES ASTA FU BERLINES ASTA FU BERLIN SOMMER WINTERSEMESTER 2008/2009 WINTERSEMESTER



»Werft kein Tränengas nach uns, wir weinen schon.«

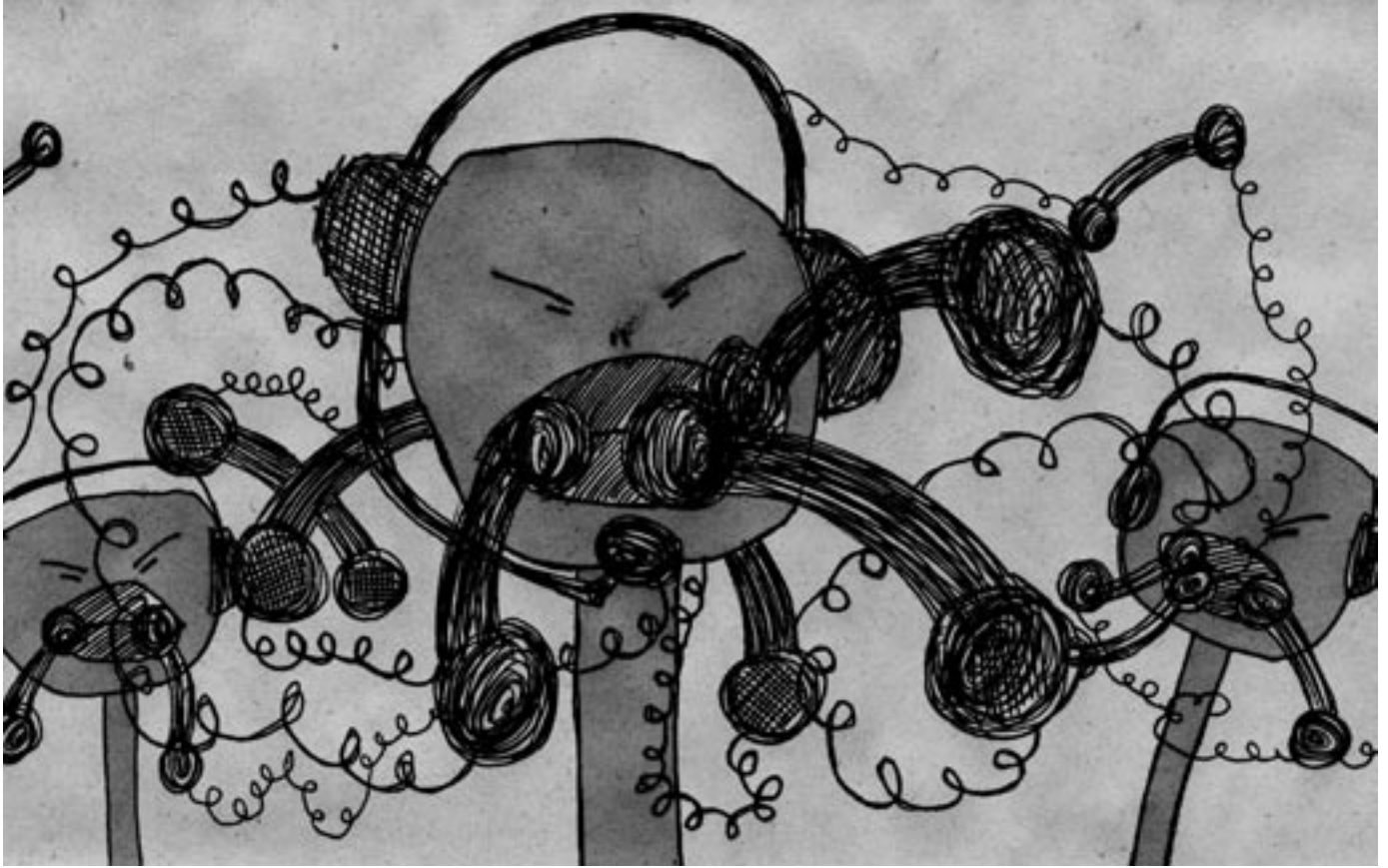
Zur Revolte in Griechenland – Seit Dezember 2008 sind dort über 600 Schulen und Universitäten besetzt

Im Einsatz für Universität und Militär

FU-Wissenschaftler forschten in Afghanistan für das Bundesverteidigungsministerium

»Non pagheremo noi la vostra crisi. Für eure Krise zahlen wir nicht.«

Eine Million Menschen demonstrierten in Italien gegen Bildungsreform



AStA-Beratung

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AStA-Villa,
Otto-von-Simson-Straße 23 (gegenüber der Mensa II in der Silberlaube) statt.

Aktuelle Sprechzeiten auf www.astafu.de

INFO-BÜRO IM ASTA

Montag bis Freitag, 10.00 bis 18.00 Uhr
außerhalb der Vorlesungszeit:
Montag bis Donnerstag, 11.00 bis 16.00 Uhr
Freitag, 13.00 bis 18.00 Uhr
Telefon: (030) 839091-0
Fax: (030) 831 45 36
E-Mail: info@astafu.de

AUSLÄNDER_INNENBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-17
E-Mail: aref_fu@yahoo.de

BAFÖG-BERATUNG

Telefon: (030) 839 091-12

BERATUNG FÜR BEHINDERTE UND CHRONISCH KRANKE STUDIERENDE

Raum JK29/202, Habelschwerdter Allee 45
Telefon: (030) 838 56 203
E-Mail: astabehindertenberatung@astafu.de

FACHSCHAFTSREFERAT

E-Mail: fsref@astafu.de

FRAUENBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-23
E-Mail: frauen@astafu.de

HOCHSCHULBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-12
E-Mail: hochschule@astafu.de

LESBISCH-FEMINISTISCHE INFORMATION UND SERVICE (LIS)

Telefon: (030) 839 091-23

MEDIENWERKSTATT

Telefon: (030) 839 041-11

RECHTSBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-0
Keine telefonische Beratung, keine MieterInnen-
beratung. Vorherige telefonische Anmeldung im
AStA erforderlich.

SCHWULEN-, BISEXUELLEN- UND TRANSGENDERBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-18
Online: www.gaycampus.de/beratung
E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

SEMESTERTICKETBÜRO

Thielallee 36 (im Keller des Capitol-Kinos)
Telefon: (030) 839 091-40
E-Mail: msemtixbuero@astafu.de
Online: www.astafu.de/semstixbuero

SOZIALBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-12
E-Mail: sozialberatung@web.de

Die offizielle Berichterstattung kann jetzt Pause machen. Ein Student zerstört eine Überwachungskamera im Zentrum von Athen.

Foto: murplej@ne, flickr.com



Beratung **2**

Editorial **5**

Kurznachrichten **6**

Infos im Web **21**

Luftschlösser für Konfliktforschung **8**

Zum Berufungsstreit am Otto-Suhr-Institut

Im Einsatz für Universität und Militär **10**

FU-Wissenschaftler forschen in Afghanistan für das Bundesverteidigungsministerium

Die systemische

Aggressivität des SFB 700 **16**

Forschungscluster als Teil der neoliberalen »schöpferischen Zerstörung«

Standort Deutschland

vs. studentische Selbstverwaltung **22**

ASTa-Druckerei soll Kinderparadies weichen

Zahlen und Zweifel **26**

Zur Bachelorbefragung 2008

Unter uns **28**

Wohnen im Verbindungshaus

»Non pagheremo noi la vostra crisi« **32**

Eine Million Menschen protestieren in Italien gegen Bildungsreform

»Werft kein Tränengas nach uns, wir weinen schon.« **36**

Zur Revolte in Griechenland

Der Kalte Krieg geht weiter **44**

FU-Geschichtsklitterung im rbb

Freiheit an der Freien Uni **46**

Immafeier 2008

Die Universität kann nur als Teil der Gesellschaft verstanden werden **48**

Rede des ASTa zur Immatrikulationsfeier 2008

Berlin statt Greifswald **52**

Gericht bestätigt Recht auf freie Studienplatzwahl

Die idealen Studierenden **54**

Gasthörer_innen an der FU

Graffito an einer Mauer in Griechenland im Dezember 2008. Mehr über dortige Proteste und Zusammenhänge ab Seite 36.

Foto: Tilmahos Eftimiadis, flickr.com

FUCK

MAY

68-

FIGHT,

NOVA

Impressum

HERAUSGEGEBEN VOM AStA FU (Öffentlichkeitsreferat)

Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin-Dahlem

Tel. (030) 839091-0 Fax: (030) 8314536

E-Mail: oeffref@astafu.de

REDAKTION Falko Grothe, Stefan Günther,
Harald Herbich, Björn Kietzmann, Felix Koch

LAYOUT Kai Kampmann

ILLUSTRATIONEN Kai Kampmann

Titelfoto: murplej@ne, flickr.com

BELICHTUNG Medienraum RefRat HU

DRUCK AStA-Druckerei

Out Of Dahlem No. 8 – Januar 2009

Editorial

Es ist endlich soweit! Das »40-Jahre-68«-Jahr ist vorüber und der Blick wieder frei für die Dinge, die im Anmarsch sind.

Zum Beispiel die Bundeswehr. Nach unseren Erkenntnissen ist es zwar noch nicht soweit gekommen, dass uniformierte und bewaffnete Soldat_innen auf dem Campus herum geschlichen sind, aber einige Angestellte der FU haben sich bereits in das Bundesverteidigungsministerium getraut. Dort haben sie nicht nur gemütlich Tee getrunken, sondern sogar gemeinsam gearbeitet. »Wer, wie, warum und überhaupt?« haben wir uns gefragt und sind zwar nach längerer Recherche und Artikelsuche voran, aber nicht zu einer allumfassenden Antwort gekommen.

Eine allumfassende Antwort auf ihre Lebens- und Lernsituation gaben allerdings die griechischen Studierenden und Schüler_innen der staunenden Öffentlichkeit im Dezember: Einfach mal wehren, streiken und besetzen. Schön – aber bedrückend, wenn man bedenkt, dass damit das deutsche Bildungswesen nicht nur bei den PISA-Studien die letzten Plätze belegt, sondern zudem in der Kategorie »Protestbewegung« nach hinten durchgereicht wird. Auch in Italien wurden wegen ähnlicher neoliberaler Frage-Antwort-Spielchen im Oktober die Universitäten und Schulen besetzt!

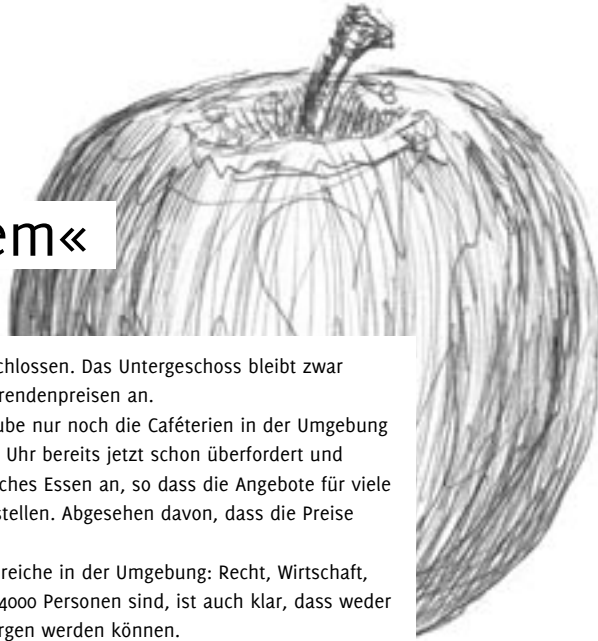
Dagegen waren die letzten Proteste an der FU leider nicht so beeindruckend: Letztes Sommersemester ein kleines Protestcamp im Innenhof der Silberlaube und zum Start des Wintersemesters ca. 70 Leute, die gegen die abgeschirmte Immafeier und die beiden Präsidenten demonstrierten und dabei von uniformierten und bewaffneten Polizist_innen bewacht wurden.

Na ja, immerhin konnte so schon mal der Ausnahmezustand geprobt werden – für den Fall, die Armee möchte demnächst auch mal auf eine Tasse Tee in Dahlem vorbei schauen.

In diesem Sinne: Viel Spaß mit Tee und Heft

DIE REDAKTION

»Nimm Essen mit, wir fahr'n nach Dahlem«



Schließung der Mensa I

Zum Sommer 2009 wird die Mensa I in der Van't-Hoff-Str. 6 geschlossen. Das Untergeschoss bleibt zwar geöffnet, bietet jedoch -wie bereits zuvor- kein Essen zu Studierendenpreisen an.

Als Alternative können dann neben der Mensa II in der Silberlaube nur noch die Cafeterien in der Umgebung fungieren. Diese sind während der Mittagszeit zwischen 12 - 14 Uhr bereits jetzt schon überfordert und bieten lediglich aufgewärmtes und überwiegend nicht-vegetarisches Essen an, so dass die Angebote für viele Studierende keine Ersatzlösung für ein Essen in der Mensa darstellen. Abgesehen davon, dass die Preise meist doppelt so hoch sind.

Betroffen von der Mensa-Schließung sind alle Fachbereiche in der Umgebung: Recht, Wirtschaft, Biochemie und Politik- und Sozialwissenschaften. Da dies über 4000 Personen sind, ist auch klar, dass weder die Mensa II noch die kleinen Cafeterien diese Menschen versorgen werden können.

Weil aber jammern und wehren und diskutieren an dieser Uni sowieso zu nichts führt, können jetzt schon mal alle fleißig üben, Butterbrote zu schmieren. Dabei gilt: Passt auf eure Finger auf -denn Messer sind gefährlich- und guten Appetit!

Kritische Jurist_innen/AL Jura



Nazis raus!

Thor-Steinar-Verbot an der FU

»Thor Steinar« ist eine beliebte Kleidungs-Marke bei Neonazis, die sich völkischer Symbolik mit NS-Bezug bedient. Schon lange treten Neonazis nicht mehr im alten martialischen Skinhead-Look auf, sondern ziehen modischere und diskretere Styles vor. Dies ermöglicht es ihnen, sich mit hochwertiger Qualität stilvoll zu kleiden, ohne auf ihre Symbolik, die mit einer rassistischen und antisemitischen Ideologie verbunden ist, verzichten zu müssen. Die Motive sind so codiert, dass AnhängerInnen und SympathisantInnen der Neonazi-Szene sie erkennen, jedoch vor anderen Menschen »versteckt« werden können. Ein Logo der Marke Thor Steinar verwendet die Kombination zweier Runen. Da dieses Symbol dem von Organisationen des NS-Regime zum Verwechseln ähnlich sah, war es zeitweise verboten.

An Berliner Hochschulen sind bereits Vorfälle bekannt, in denen Studierende mit Thor-Steinar-Klamotten aufgetaucht sind. Vor diesem Hintergrund hat sich das StuPa der FU mit dem Thema auseinandergesetzt. Auf der Sitzung am 12.11.2008 wurde mit großer Mehrheit ein Antrag der Antifaschistischen Linken Liste angenommen. Dabei wurde beschlossen, Personen, die Thor-Steinar-Kleidung tragen, den Zugang zu Veranstaltungen und Versammlungen der Studierendenschaft zu verwehren. Zur Zeit gibt es Bemühungen, eine Regelung für die gesamte FU zu erlassen: Ein Verbot von Thor Steinar an der Universität. Das StuPa hat sich bei seinem Beschluss an bestehende Regelungen zahlreicher Einrichtungen, Organisationen und Vereinen wie z.B. beim Deutschen Bundestag orientiert, wo das Tragen von Thor-Steinar-Kleidung bereits verboten ist.

Jede Person, die Thor-Steinar-Kleidung kauft oder trägt, unterstützt damit direkt Neonazis in ihrem Bestreben, ihre Inhalte und Symbole in die Gesellschaft zu tragen. Die jeweiligen Motive beinhalten Aussagen, die eindeutig rechtes Gedankengut transportieren sollen. Mit einem Verbot wird das Problem Rechtsextremismus sicherlich nicht gelöst, es behindert aber Neonazis, ihre menschenverachtende Propaganda weiter in die Öffentlichkeit zu tragen.

Kommunikationsreferat des AstA FU

Es wird eng

Wenn Personalmangel die Studienplanung bestimmt

Das Studierendenleben ist ein Leben irgendwo zwischen Selbstbestimmung und äußeren Zwängen. Wir können Entscheidungen treffen, die von der Kursauswahl bis zum Mensaspiseplan reichen. Doch in vielen Instanzen wird diese Freiheit aus unterschiedlichen Gründen beschnitten, was die meisten spät oder im schlimmsten Fall sogar zu spät bemerken. Mal liegt es an den Bestimmungen der Studienordnungen oder an den Paragraphen des Hochschulgesetzes. Jedoch lassen sich viele Einschnitte auf Fehlplanungen in der Verwaltung der Universität zurückführen. Der Fall der Englischen Philologie macht deutlich, was vielerorts läuft und bald auch an anderen Instituten um sich greifen könnte.

Zum Ende des Wintersemesters 2008/2009 wird der für Linguistik zuständige Professor das Institut verlassen. Mit ihm gehen alle seine direkten Mitarbeiter_innen – ein einziger Prüfungsberechtigter bleibt dem Institut erhalten. Das bedeutet für alle Betroffenen ernsthafte Probleme.

Vom jetzigen und nächsten Bachelorjahrgang bis zu den aktuellen Magisterstudierenden sind alle betroffen. Das Kursangebot wird in jeder Phase des Studiums stark beschränkt stattfinden, wenn sich nicht bald eine Lösung finden lässt. Da Magister- und Lehramtsstudierende eine Frist zum Studienabschluss bis 2010 gesetzt wurde, werden sie im Laufe des kommenden Jahres gezwungen sein, ihre letzten Prüfungen abzulegen – beinahe ein Ding der Unmöglichkeit bei einem einzigen Prüfungsberechtigten. Dieser wiederum wird durch die bald bestehende Situation unter immensen Druck gesetzt, unter dem auch bei noch so hohen Fähigkeiten und Motivation die Prüfungsqualität stark leiden wird, zumal vermutlich auch die Bezahlung wohl kaum der Arbeitsbelastung entsprechend angepasst wird. Studierende, die im Rahmen eines Erasmus-Austausches an der FU studieren, werden, falls sie von ihren Heimatuniversitäten zum Besuch einer gewissen Anzahl von Linguistikkursen verpflichtet sind, diesen Anforderungen nicht mehr nachkommen können – ein Verlust für die Vielfalt der Uni.

Für die Studierenden bedeuten solche Einschränkungen auch materielle Sorgen. Wer schon jetzt in einer finanziell prekären Lage steckt, vielleicht neben dem Studium arbeiten geht oder Bafög bezieht, muss ein Auge auf die Einhaltung der Regelstudienzeit haben. Mit der Beschneidung von Linguistikangeboten, die teilweise für alle Studierenden verpflichtend sind, wird die Erfüllung dieses Vorsatzes noch erschwert. In der Anglistik wird momentan für eine schnelle Lösung der Situation gekämpft. Doch der Einzelfall kann schnell auch an anderen Instituten auftreten. Der Streit um die Besetzung einer Junior-Professur am JFK-Institut im letzten Jahr zeigt deutlich, wie kompliziert und langwierig die Lösungen solcher Konflikte sein können.

Wir fordern

die schnellstmögliche Neubesetzung der Stelle in vollem Umfang – zusätzliche Einstellung von prüfungsberechtigten Dozierenden, die längerfristig am Institut bleiben. Sollte es nicht genügend prüfungsberechtigte MitarbeiterInnen geben, müssen die Prüfungsordnungen hinsichtlich dieses Punktes geändert werden, so dass in Zukunft auch nicht habilitierte MitarbeiterInnen die Prüfung abnehmen dürfen. In Zukunft müssen Stellen wesentlich früher ausgeschrieben werden, wenn – wie in diesem Fall – schon längerfristig bekannt ist, dass die Stelle frei wird.

Unterschriftenaktion

Wie bitten euch alle, eure Unterschrift auf die Liste zu setzen, damit wir möglichst viele zusammenbekommen. Unterschriftenlisten liegen im Café (JK 29/231) aus oder im Büro der studentischen Studienberatung (JK 29/202). Das Protestschreiben und Unterschriftenlisten gibt es auch zum Ausdrucken auf dem FSI Blog: www.fachschaftsinitiativen.de.vu

FSI Anglistik

Luftschlösser für Konfliktforschung

Zum Berufungsstreit am Otto-Suhr-Institut

Foto: Björn Kietzmann

Text: Astrid Lärm

Drei private Sicherheitsmänner patrouillieren betont unauffällig vor dem Otto-Suhr-Institut und bewachen eine Sitzung des Fachbereichsrats Politik- und Sozialwissenschaften. Das Dekanat befürchtet offenbar gewaltige Unruhe bei der Entscheidung, die der Fachbereichsrat an diesem 10. Dezember 2008 treffen muss: Der Fachbereich vergibt zwei Vollprofessuren im Bereich Konfliktforschung ohne öffentliche Ausschreibung direkt an Sven Chojnacki und Christoph Zürcher. Dies ist das vorläufige Ende eines Berufungsverfahrens, das 2008 am Fachbereich für Politik- und Sozialwissenschaften wegen seiner rechtlichen Mängel für Streit gesorgt hat. Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner (SPD) weigerte sich deshalb, die Berufung abzusegnen. Besorgt über die »politische Kultur« am OSI forderte er eine erneute Abstimmung im Fachbereich – unter anderem, weil bei der ersten Abstimmung ProfessorInnen ihr Recht auf Mitbestimmung verweigert wurde.

Dekanin Barbara Riedmüller stellt dies an diesem Mittwoch anders dar: Sie sei »mit dem Senator gemeinsam zu der Feststellung gelangt«, ein zweites Mal abzustimmen, um »weitere Debatten für die Zukunft auszuschließen«. Sibylle Berghahn, Dozentin für Rechtliche Grundlagen der Politik, schüttelt den Kopf: »Das ist eine goldene Brücke«, sagt sie. Berghahn glaubt, dass der Senator dem Fachbereich eine Chance gibt, das fragwürdige Verfahren zu stoppen, um seinen Ruf zu retten. »Dann ist es eben eine goldene Brücke«, antwortet Riedmüller gleichgültig, »vielleicht ist es auch ein Luftschloss«. Das Bauen von Luftschlössern scheint ihre Spezialität zu sein: Unerschrocken hat die Dekanin während des Berufungsverfahrens das Berliner Hochschulgesetz interpretiert – indem sie das »schlanke Berufungsverfahren« am OSI einführte.

Wer sich am Institut umhört und fragt, wer hinter der forcierten Berufung steckt, bekommt überall die selbe Antwort: »Der SFB 700«, jenes über Drittmittel finanzierte ForscherInnen-Netzwerk, das sich mit »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit« beschäftigt. Chojnacki und Zürcher arbeiten am Sonderforschungsbereich (SFB) an zentraler Stelle im Projektbereich »Sicherheit«. Der SFB 700 ist seit seiner Gründung 2006 stetig gewachsen und beschäftigt mittlerweile rund 120 Menschen aus unterschiedlichen Fachbereichen in 19 Teilprojekten. Die prominenten VertreterInnen des SFB 700 am OSI sind Thomas Risse, Sprecher des SFB und Professor für Internationale Politik, sowie Tanja Börzel, Professorin für Europäische Integration. Beide haben Stimmrecht im Institutsrat und im Fachbereichsrat.

Unter linken Studierenden, also vielen der hochschulpolitisch Aktiven, sind Risse und Börzel die bad guys des OSI. Ihre Forschung im Bereich »Internationale Beziehungen« gilt als unkritisch und eurozentristisch. Hochschulpolitisch stehen sie für BA/MA und für präsidentiale Politik, also für die Verschulung des Studiums und für die Unternehmiserung der Uni.

KollegInnen stufen Risse und Börzel unter vier Augen als so einflussreich ein, dass man ihnen

besser nicht in die Quere kommt. Die beiden hätten ein großes Netzwerk aufgebaut, heißt es, und unterhielten beste Kontakten zum Präsidium. Die Vizepräsidentin der Freien Universität, Ursula Lehmkuhl, ist gleichzeitig Vizesprecherin des SFB 700. Außerdem fahre der SFB haufenweise Drittmittel ein – und das ist an der FU offenbar ein entscheidendes Kriterium für Erfolg: »Nur noch Millionenprojekte zählen an dieser Eliteuni«, sagt OSI-Professor Siegfried Mielke zum Thema externe Gelder. Wer Tanja Börzel und Thomas Risse nahe ist, ist diesen Millionenprojekten nahe.

Wie viel Einfluss der SFB 700 am Fachbereich hat, zeigt sich, als Chojnacki und Zürcher Ende 2007 beide einen Ruf an andere Universitäten erhalten. In Hinterzimmern wird beschlossen, ihnen Vollprofessuren zu verschaffen, um sie am Fachbereich und damit am SFB zu halten. Das muss schnell gehen, denn der Ruf gilt in beiden Fällen bereits für das Wintersemester 2008/09. Risse, Börzel und Riedmüller treiben die Änderung des Strukturplans und die Besetzung der Stellen voran. Die meisten Mitglieder von Instituts- und Fachbereichsrat stimmen in ihrem Sinne ab. Manche geben hinter vorgehaltener Hand zu, dass sie eigentlich gegen die Berufung sind, aber nicht »gegen den SFB« stimmen wollen. Lediglich sieben ProfessorInnen und die Frauenbeauftragte des Instituts, Barbara Strobel, protestieren in Form eines Minderheiten-votums gegen die Berufung. Bezeichnenderweise wird das Minderheitenvotum aber von Mielke initiiert, der 2009 ausscheidet, also nicht mehr viel zu verlieren hat. Es unterschreiben vor allem Profs, die nicht auf gute Kontakte zum SFB 700 angewiesen sind. Einer von ihnen, Professor Michael Bolle, beschwert sich in der Sitzung am 10. Dezember 2008 über die Entwicklung am OSI und fordert »eine Lösung, die auf breiterer Beteiligung und auf breiterem Konsens beruht«.

Eine breite Beteiligung ist von Anfang an ebenso unterdrückt worden, wie eine offene Diskussion am Fachbereich. Mit dem Argument, es handle sich um eine Personalangelegenheit, wurde das Thema in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzungen von Instituts- und Fachbereichsrat verbannt. Im Fachbereichsrat verbot Risse Studierenden, die Namen Chojnacki und Zürcher zu nennen.

»Ich hatte nicht den Eindruck, dass eine Einflussnahme von Studierenden in den Gremien erwünscht war«, sagt Birgitta Wodke, studentische Vertreterin im Institutsrat. Eine Diskussion sei erst möglich gewesen, nachdem die Entscheidungen anderswo informell gefallen seien.

Unter Studierenden ist Sven Chojnacki beliebt und wird für seine Lehre geschätzt doch als im Juni 2008 deutlich wurde, dass die Finanzierung der beiden neuen Professuren unter anderem auf Kosten der Vollprofessur »Politische Ideengeschichte« geht, regte sich breiter Widerstand unter den Studierenden. Dies hinderte den Fachbereichsrat nicht daran, im September die Berufungslisten zu beschließen, auf denen jeweils nur ein Name stand. Dies verstößt gegen Artikel 33 des Grundgesetzes, nach dem öffentliche Ämter jeder/jedem zugänglich sein müssen. Außerdem verletzt die Berufung die Frauenförderungsrichtlinie der Universität und das Allgemeine Gleichstellungsgesetz.

Nur dank der Blockade-Strategie der studentischen VertreterInnen in den Gremien und aufgrund des Zögerns von Senator Zöllner wird die Berufung nicht wie geplant bis zum Beginn des Wintersemesters 2008 durchgesetzt. Chojnacki und Zürcher nahmen ihre Professuren in Kiel und Ottawa vorläufig an. Damit ändert sich rein rechtlich die Grundlage für das Verfahren. Es handelt sich nun nicht mehr um eine Rufabwehr unter Zeitdruck, welche das Argument für das »schlanke Verfahren« war. Kein Problem für Dekanin Riedmüller, die das Verfahren in der Sitzung am 10. Dezember als »normales Verfahren« bezeichnet, nachdem sie monatelang argumentiert hatte, es handle sich um eine Ausnahme. Man werde dieses Verfahren öfter anwenden, kündigt sie an.

Die Gewichte haben sich verschoben am OSI, das vielleicht bald »Institut für Konfliktforschung« heißt und an dem Informalität und Hinterzimmerpolitik keinen Widerstand mehr hervorrufen.

EINSAZ IN AFGHANISTAN FÜR DIE SICHERHEIT

Wissenschaftler der FU forschten in Afghanistan
für das Bundesverteidigungsministerium.
Kritik am Bundeswehreinsatz dort interessiert sie kaum.



*Blutige Kissen an den Türen des Otto-Suhr-Instituts. »Wer sich einbettet, muss Federn lassen.«
Foto: Björn Kietzmann*

Text: Ralf Hutter

Unerwarteter Trubel am 12. November um 9.00 Uhr früh am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU. Ein halbes Dutzend Personen steht am Eingang mit Flugzetteln und einem Megaphon, neben sich ein großes Transparent, das quer auf einem der Zugänge zum Gebäude aufgespannt ist, so dass sich alle bücken müssen, die dort durch wollen. Eine weitere Handvoll Menschen steigt gleichzeitig aus dem Fenster eines Seminarraums und bringt ein weiteres Transparent an der Fassade an. »Wer sich einbettet, muss Federn lassen« und »Kriegsforschung stoppen« sind die Aussagen. Im Foyer wird eine Installation mit vielen flauschigen Federn und weiteren Parolen und Schildern aufgebaut, die einen von Kissens und Bundeswehrdecken sozusagen eingebetteten Menschen darstellen soll. Dafür wird auch ein großes Foto von Thomas Risse verwendet, Professor am OSI und Sprecher des bei der Aktion vor allem kritisierten Sonderforschungsbereichs 700. Der SFB 700 ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Konglomerat (neudeutsch: Cluster), an dem Universitäten in Berlin, Potsdam und Florenz beteiligt sind. Er trägt den Titel »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit – neue Formen des Regierens?« und erforscht und kategorisiert instabile Staaten auf dem ganzen Planeten. Eben diese Tätigkeit und der ihr zu Grunde liegende Ansatz werden von den Protestierenden im Rahmen europaweiter antimilitaristischer Aktionstage kritisiert.

Da ich an diesem Tag für Uniradio ein Interview mit einem Opfer der Polizeiaktionen anlässlich des Besuchs von Bundespräsident Köhler an der FU in der Vorwoche machen soll, habe ich ein Aufnahmegerät dabei. Ich befrage deshalb im Anschluss an die Aktion nicht nur eine Anti-SFB-Aktivistin, sondern auch den erwähnten Thomas Risse. Der bestreitet, auch auf Nachfrage, mehrfach vehement, was im verteilten Flugblatt behauptet wird: dass die SFB-Mitarbeiter Jan Koehler und Christoph Zürcher in Afghanistan für das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) geforscht hätten. O-Ton Risse: »Wir machen für nichts und niemanden Auftragsforschung. Nicht für die Regierung und nicht fürs Verteidigungsministerium. Das wollen wir gar nicht, und das dürfen wir auch gar nicht. Alle unsere Forschungsergebnisse sind öffentlich.«

Bundesweite Öffentlichkeit erfuhr im Februar 2008 eine repräsentative Studie von Koehler und Zürcher, die durch Haushaltsbefragungen die Einstellungen der nordostafghanischen Bevölkerung hinsichtlich der militärischen Präsenz und infrastrukturellen Hilfe seitens der Besatzungsmächte ermitteln sollte. Gemeinsam mit SFB-Sprecher Thomas Risse wurde damals unter einem großen Medienecho verkündet, die Bundeswehr sei in Afghanistan beliebter, als das in Deutschland bis dahin gemeinhin angenommen worden sei.

Nun tauchten aber während der Aktionen am OSI mehrere Kopien einer sehr ähnlichen Studie von Koehler und Zürcher auf, die überhaupt keinen Zweifel über den Forschungsauftrag seitens des Verteidigungsministeriums zulassen. Es geht darin um die zivil-militärische Zusammenarbeit bei Infrastrukturprojekten. Die Studie trägt den Titel »Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan«, wurde im Dezember 2007 fertig gestellt und ist laut Auftragschreiben des Ministeriums »nur für den Dienstgebrauch« bestimmt.



Kabul im Jahr 1974
Fotos: germán :, flickr.com

Neben letzterem Fakt waren es zwei weitere, die etliche Studierende misstrauisch machten. Zum Einen die Leugnung der Existenz einer derartigen Studie durch Risse. Zum Anderen das Verschwinden eines öffentlichen Hinweises auf sie: Auftragsnehmer beim Verteidigungsministerium war das Unternehmen ARC gewesen, dessen Name für »Analysis, Research, Consulting« steht und das 2001 von Koehler, Zürcher und anderen gegründet wurde. Auf dessen Homepage wird das Projekt erwähnt – eigentlich. Zwei Tage nach dem Aktionstag waren nämlich, außer der Startseite, alle Informationen unter www.arc-berlin.com mit einem Passwort geschützt. Kurz darauf erschien bei Aufruf die Meldung, die ganze Seite sei wegen Wartungsarbeiten nicht verfügbar. Mittlerweile und bis heute, also fast vier Wochen später, heißt es schlicht: »Zugriff nicht erlaubt«.

Sehr wohl verfügbar, und mit jeder einfachen Internetsuchanfrage auffindbar, war auf dem Firmenserver allerdings lange Zeit noch der Lebenslauf von Christoph Zürcher im PDF-Format, in dem die Arbeit für das Ministerium ersichtlich wird. Nachdem er im Wikipedia-Eintrag zu Zürcher verlinkt war, verschwand er jedoch aus dem Internet. Auf den Internetseiten des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der FU findet sich übrigens noch ein Lebenslauf von Zürcher, der im Prinzip die gleichen Angaben enthält.

Soll an dieser Studie also etwas verschwiegen werden? Überhaupt nicht, sagt Jan Koehler. An der Homepage gebe es Wartungsarbeiten und dass Risse nichts von der Studie wusste, halte er für durchaus möglich. Er sei schließlich in diesem Fall in seiner »Freizeit« in Afghanistan gewesen, er habe ja nur eine halbe Stelle am SFB. So schreibt auch der mittlerweile in Ottawa (Kanada) lehrende Zürcher per E-Mail: »Die Studie hat mit dem SFB 700 weder organisatorisch noch inhaltlich irgendetwas zu tun.« Sie geht allerdings teilweise in die Publikationstätigkeit dieser am SFB 700 arbeitenden Wissenschaftler ein (Zürcher hatte und hat offiziell immer noch eine Professur am OSI).

Doch zunächst zum zeitlichen Ablauf: Im Februar 2007 wurde die repräsentative Haushaltsbefragung mit Hilfe afghanischer Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Der BMVg-Studie liegen Forschungsaufenthalte in Afghanistan im April, Juli, August und September des selben Jahres zu Grunde, im März wurden bereits Interviews in Deutschland geführt. Die Haushaltsbefragung mündete in das im Oktober veröffentlichte »Working Paper No. 7« des SFB 700, wurde aber erst, ohne Hinzuziehung weiterer Daten, am 6.2.2008 durch eine Pressekonferenz in den Massenmedien platziert. Die BMVg-Studie trägt das Datum 20.12.2007. In der März-Ausgabe 2008 der Fachzeitschrift »Entwicklung und Zusammenarbeit« erschien dann ein Artikel von Zürcher, Koehler u.a., der auch Erkenntnisse enthält, die im Rahmen der Studie für das Verteidigungsministerium gewonnen worden waren. Das bezieht sich konkret auf die 52 Interviews mit »internationalen Stakeholdern« in Afghanistan (in der Originalstudie hieß es übrigens »internationale und afghanische Stakeholder«) und die zehn »Fokusgruppen-Interviews«. Bezeichnenderweise wird in einer Art Post Scriptum zu diesem Artikel mit dem Titel »Breite Daten-Basis« zwar der Zeitraum von im Rahmen des SFB 700 durchgeführten Haushaltsbefragungen angegeben, aber zu all den späteren Erhebungen, die eben zur breiten Daten-Basis führten, keine Zeiträume genannt. Klaus Wehrberger, stellvertretender Abteilungsleiter bei der DFG und dort für die Sonderforschungsbereiche verantwortlich, sagt auf Anfrage, dass bei Publikationen Transparenz bezüglich der Quellen erwünscht sei, wenn auch außeruniversitäre Forschung eingeht.

Doch von formalen Fragen abgesehen: Neben dem Punkt, dass den Militärs durch die Auftragsstudie eine Menge Erkenntnisse zu der afghanischen Bevölkerung, den Möglichkeiten ihrer Befriedung etc. zugänglich gemacht werden, wäre an der Studie v.a. zu kritisieren, dass die (z.T. durchaus kritischen) Erkenntnisse zur Rolle der Bundeswehr und anderer deutscher Institutionen vor Ort nicht an die Öffentlichkeit kommen.

Auf eine weitere Anfrage per E-Mail, ob er denn nicht für die Veröffentlichung der Studie sei, antwortet Zürcher, das sei er schon. Außerdem sei die Studie »bereits in einigen Ausschüssen des Bundestags vorgestellt« worden und er selbst habe die Ergebnisse »in zahlreichen Vorträgen und Fachgesprächen im In- und Ausland« besprochen. Laut Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, wurde die Studie Ende April im Verteidigungsausschuss »kurz thematisiert«. Generell sei sie zur Informationsgewinnung hilfreich. So werde für ihn u.a. deutlich, »wie eng diese Art der Wiederaufbauhilfe an die militärische Präsenz gekoppelt wird, und wie die Bundeswehr von der Einbindung in die Vergabeprozesse profitiert«. In wissenschaftlicher Hinsicht findet er die Studie nicht problematisch. Von seinem Pendant bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Winfried Nachtwei, war trotz mehrmaliger Nachfrage keine Auskunft zu haben.

Geheim ist die Studie übrigens nicht. Laut Jan Koehler erhielten einzelne, fachlich interessierte Personen sie auf Anfrage beim BMVg. Dieses teilt dazu mit: »Die Studie wurde auf Anfrage allen Interessierten zur Verfügung gestellt.« Koehler selbst würde sie am liebsten ins Internet stellen, darf aber nicht. Zumindest das ist bereits erledigt – die Studie ist seit Ende November auf dem Internetseite Indymedia zu haben.

Beide, Koehler und Zürcher, offenbaren sich generell als Überzeugungstäter. Sie wollten der afghanischen Bevölkerung helfen, und zwar nicht ideologisch motiviert, sondern auch auf der Grundlage ihrer eigenen Empirie zu dieser Bevölkerung. Die sei eben mehrheitlich für das Engagement der ausländischen Mächte. Eine anderweitige Anmerkung in der Studie selbst sei nicht verallgemeinerbar, so Koehler. Er ist



Afghanistan in den Jahren 1968/1969
Fotos: Jeff Werner, flickr.com

zwar der Ansicht, dass Staaten normalerweise aus harten Interessen heraus handeln, und nicht aus Menschenfreundlichkeit. Dass Deutschland die Bundeswehr in erster Linie zum Wohle der deutschen Wirtschaft nach Afghanistan geschickt habe, hält er aber für eine lächerliche und ideologische These. Alleine schon, da es da kaum etwas zu holen gebe. Die Rolle der Bundeswehr sieht er nicht kritisch, weil sie nur im Rahmen des UNO-Mandats aktiv und somit eine Schutztruppe sei. Die Studie betrachtet er übrigens nicht als wissenschaftliches Werk, da sie eine Evaluation sei.

Wissenschaftlichen Ansprüchen genügen muss jedenfalls sein Ende November 2008 auf der Homepage des SFB 700 veröffentlichtes Arbeitspapier »Auf der Suche nach Sicherheit. Die internationale Intervention in Nordost-Afghanistan«. Der Text enthält zwar Kritik an dieser oder jener Maßnahme und zeigt negative Entwicklungen auf. Aber der allgegenwärtige Begriff »Sicherheit« wird kaum problematisiert und hauptsächlich mit dem staatlichen Gewaltmonopol bzw. dessen Akzeptanz, mit dem Aufbau eines »Rechtsstaats« etc. in Verbindung gebracht. Zwar redet Koehler in einer Fußnote zur Geschichte Afghanistans von »wiederholt gescheiterten Versuchen, [...] Modernisierung im Sinne funktionaler Differenzierung durch staatlich betriebene gesellschaftliche Reformen voranzutreiben« und erwähnt auch »Afghanistans spezielles historisches Verhältnis zu Staatlichkeit, das sich [...] zwar nie zum modernen (hier: autonomen, nach innen und außen wirklich souveränen) Territorialstaat entwickelt hat, aber doch über längere Phasen stabile politische Ordnungsmuster hervorgebracht hat, welche auf modernen staatlichen und traditionell-gesellschaftlichen herrschaftsrelevanten Institutionen fußen«. Er zitiert, wiederum nur in einer Fußnote, auch Literatur, die sich kritisch mit der »Utopie staatlicher Ordnung nach den Blaupausen des westlichen Staates« auseinandersetzt. Doch führt das nicht zu der höchst relevanten Frage, warum oder mit welcher Rechtfertigung in Afghanistan gerade ein System implementiert wird, das dort früher nie im klassischen Sinn funktioniert hat. Unabhängig davon, dass dieses neue angepeilte System für einen Teil der afghanischen Bevölkerung zunächst Hilfen oder Verbesserungen bringt – beim Thema Sicherheit, um das es ja in diesem Text geht, sind langfristig denkende und systemkritische Reflexionen angebracht. In Zeiten, wo die meisten und gerade die mächtigsten Staaten Grundrechte (und somit zumindest psychische Sicherheit) abbauen und das globale Wirtschaftssystem immer weniger Menschen eine stabile oder bezahlbare Versorgung mit Nahrungsmitteln gewährleisten kann, wäre das von einer politikwissenschaftlichen Analyse eigentlich zu erwarten gewesen (Klingt naiv? Ist es in der Form auch!). So wäre beispielsweise der vom ausländischen Militär kurzfristig hergestellte »Landfrieden« (dass also größere Menschengruppen keine Feindschaften miteinander ausfechten würden) in Nordost-Afghanistan abzuwägen gegen den absehbaren Status des ganzen Landes als Vasallenstaat der mächtigen weltpolitischen Akteure, die es in die globale Ausbeutungsökonomie integrieren. Doch dieses Papier soll hier nicht weiter behandelt werden. Nur so viel: In diesen Text gehen ebenfalls etliche Datenquellen aus der Auftragsarbeit ein.

Dass die Auftragsforschung für ein Kriegsministerium in einem größeren Kontext zu sehen ist, macht in bedrückender Weise ein im Internet erschienener Text des Publizisten Detlef Hartmann klar. Titel: »Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen«. Darin geht es u.a. um das Ausnutzen der Ethnologie für die Aufstandsbekämpfung seitens der US-Armee im Irak.

Nun tut die Bundeswehr in Afghanistan bei weitem nicht das Gleiche wie die Truppen der USA im Irak. Sozialwissenschaft sollte allerdings nicht, direkt oder indirekt, der Politikberatung dienen, wenn sie sich der Kritik der Waffen nur oberflächlich oder gar nicht widmet. Im vorliegenden Fall ist ein weiterer Aspekt zu kritisieren: Ein Ministerium wird immer genug Geld für Forschungsaufträge haben und kann somit der Querfinanzierung von Forschung dienen. Wie gesehen, konnten Zürcher und, mehr noch, Koehler bei der Auftragsarbeit erhobene Daten in anderen Veröffentlichungen ausschachten. Das wird allgemein auch in Zukunft, zusätzlich zu der Verdienstmöglichkeit, ein Anreiz für derlei Kooperationen sein. Die Bundeswehr ist zur Legitimation und Erfüllung ihrer im Vergleich zu früher veränderten Aufgaben sowieso bemüht, in verschiedenste soziale Bereiche auszustrahlen und dauerhafte Verbindungen zu knüpfen.

DIE SYSTEMISCHE AGGRESSIVITÄT DES SFB

Forschungscluster als Teil der neoliberalen »schöpferischen Zerstörung«

Text: Detlef Hartmann

In der erfreulich lebhaften Kontroverse um den Sonderforschungsbereich (SFB) 700 ist der Zusammenhang zwischen Universitätsreform und methodischer Gewalt, der sich besonders deutlich im Projekt SFB 700 manifestiert, etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Diese kleine Skizze zur Ermutigung weiterer kritischer Diskussionen nimmt ihren Ausgangspunkt bei der Studie, die Jan Koehler und Christoph Zürcher vom SFB 700 im Auftrag des Bundesministeriums für Verteidigung am 20. Dezember 2007 veröffentlicht haben.¹ Hier geht es um die Frage, welchen Beitrag die Quick Impact Projects« in Nord-Afghanistan zur Förderung der militärischen Operationen und Strategien leisten können. Diese Studie hatte einen ausdrücklichen militärischen Auftrag, wie aus der als Anlage beigefügten »Leistungsbeschreibung« hervorgeht: »Nur für den Dienstgebrauch« heißt es dort. Ihr »Pilotansatz« orientiert sich an der »militärischen Notwendigkeit, die Akzeptanz der afghanischen Bevölkerung soweit als möglich zu erhalten«. Die Studie stellt sich selbst in den Rahmen der von verschiedenen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen entwickelten Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Akteuren namens CIMIC. Es ist eine Zusammenarbeit, die Forschung und Krieg miteinander verschmilzt. Die »Forschungs«-Ergebnisse zu Widerständen, Äußerungsformen, Reaktionen auf die militärischen Operationen werden in den militärischen Zusammenhang eingespeist. Ihr Vehikel ist eine Entwicklungsstrategie über – meist infrastrukturelle – Kleinprojekte, die in »Provincial Development Fonds« (PDF) organisiert wird. Diese Entwicklungsfonds werden »als bedarfsorientiertes, partizipatives Werkzeug« eingesetzt, das Akzeptanz für die Armee herstellen soll und zugleich der Herstellung von militärisch relevanten »Lagebildern« und Informationsbeschaffung zuarbeitet. »Brunnenbauen für den Krieg« kann man das nennen. Darüber hinaus dient es mittel- bis langfristig dem Projekt des SFB 700, neue Formen der Macht, der Herrschaft, der Regierung jenseits der als überholt angesehenen Formen demokratisch verfasster Staatlichkeit zu etablieren.²

»Kleinprojekte werden vom Militär als »Quick-Impact«-Maßnahmen im engeren Sinne verstanden, wobei sich die erwünschte schnelle Wirkung nach militärischen Zielsetzungen definiert. Dabei steht die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Militär im Allgemeinen und der Bundeswehr im Speziellen im Vordergrund. Letztlich sollen diese Maßnahmen dadurch der eigenen Bewegungsfreiheit und der Force Protection dienen ... Allerdings wird seitens des Militärs davon ausgegangen, dass die Beteiligung der Bundeswehr bei Planung, Monitoring und Durchführung von Quick-Impact-Maßnahmen, die im Rahmen der PDF durchgeführt werden, Vorteile für die militärische Auftragserfüllung bringen ... Zur zeitnahen Aufklärung des zivilen Lagebildes in Gemeinden, Gemeindegruppen und Distrikten sei es nötig, diese regelmäßig mit von der Zielgruppe nachvollziehbaren Begründungen zu besuchen.«³



Afghanistan in den Jahren 1968/1969
Fotos: Jeff Werner, flickr.com

»CIMIC sollte die GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Anm. d. Red.) noch stärker im Rahmen der Möglichkeiten hinsichtlich Informationsbeschaffung und Analyse unterstützen. Das liegt im militärischen Eigeninteresse: diese Arbeit hilft, das Lagebild zu verbessern und im Feld Liaison mit Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verstätigen.«⁴

Koehler ist sich durchaus des antagonistischen Charakters des gesellschaftlichen Operationsfeldes bewusst, in dem Militär/Forschung auf Widerstände, Resistenzen, Feindseligkeit ihres sozialen Objekts stoßen:

»Im Falle von Afghanistan treffen die westeuropäischen und nordamerikanischen Interventionsmächte in dem Versuch, den Staat als oberstes politisches Ordnungsprinzip wieder herzustellen und seine Geltungsmacht durchzusetzen, auf kulturell fremde und staatlichen wie internationalen Intervention gegenüber misstrauisch, mitunter feindselig eingestellte Lokalgesellschaften.« So »...wird die Präsenz ausländischer Truppen (und in einem wesentlich geringeren Maße auch die der internationalen Entwicklungsakteure) von signifikanten Teilen der befragten Haushalte für eine Bedrohung islamischer Werte und lokaler Lebensweisen gehalten.«⁵

Kultur und Lebensweise, klassischer Gegenstand der Anthropologie, reagieren mit Feindseligkeit und diese stellt sich in den Dienst ihrer Bekämpfung. Beobachtende wird kämpfende Anthropologie im Nachvollzug des Selbstverständnisses der amerikanischen »Söldner-Anthropologen«, die die sozialen Netzwerke als generativen Ort des Widerstands ins Visier nehmen.⁶ Auf der Diskussionsveranstaltung zum SFB 700 am 12.12.2008 wurden methodische und methodologische Implikationen dieser Ansätze nur oberflächlich gestreift. Koehler hat den Begriff der »teilnehmenden Beobachtung« in die Debatte geworfen, eine absurde Irreführung. Diese sucht die Teilnahme an der Lebensweise, es bekämpft sie nicht. Gerade dies aber beleuchtet einen methodischen Umbruch von paradigmatischer Bedeutung im Sinne Thomas Kuhns. Die transformatorische Gewalt zivil-militärischer Zusammenarbeit ist nur im Kontext eines breit angelegten Projekts sozialer Transformation von globaler Reichweite zu begreifen. Sie ist umfassend und totalisierend und die schockartige Umgestaltung der Universitäten, ihre Exzellenz-Cluster einschließlich des clusterförmig organisierten SFB 700 stellen lediglich Einzelstränge dar. Dazu ein paar skizzenhafte Bemerkungen.

Exzellenz-Cluster-Gewalt

Jan Koehler hat in der Diskussion am 12. Dezember den Zusammenhang zwischen Forschung und militärischer Gewalt mit dem Hinweis hinweg zu diskutieren versucht, dass er das »Quick-Impact«-Forschungsprojekt nicht offiziell als Akteur des SFB 700 durchgeführt habe, sondern den militärischen Auftrag mit seiner Firma »Analysis, Research, Consulting« (ARC) also als privater Unternehmer. Wie Ralf Hutter im voran gegangenen Artikel deutlich gemacht hat, ist dies inzwischen widerlegt. Außerdem: Beides ist richtig. Denn der SFB 700 ist organisiert als Public Private Partnership. Dieser Form der Schaffung eines Wissenschaftsraumes von begrenzter Staatlichkeit entspricht ihr Selbstverständnis als »Cluster«, wengleich die Anerkennung als »Exzellenz-Cluster« gerade eben verfehlt wurde. Sie zielt in Abkehr von institutioneller Macht alter Staatlichkeit und ihrer Infrastrukturpolitik darauf ab, immaterielle »private« Ressourcen zu neuer Aggressivität und Wirkungsmacht zu entfesseln und zusammenzuballen (»Cluster«). Der Cluster-Gedanke ist beileibe nicht erst im Rahmen der Förderung von »Exzellenz-Clustern« im Zuge der Universitätsreform entwickelt worden – diese sind eher Nachzügler. Vielmehr bildet er den Kern einer aggressiv betriebenen Transformation der Gesellschaft auf allen Feldern, in betrieblichem Management ebenso wie der Arbeitslosenverwaltung, der Gesundheitspolitik, der Schulpolitik und des neokolonialen Zugriffs, den man »Globalisierung« nennt. In Abkehr vom Systemgedanken gesellschaftlicher Regulation der fordistisch/tayloristischen Ära setzt er auf die Energien immaterieller Ressourcen in der Bemächtigung des Sozialen. Er sucht diese Ressourcen zu entfesseln, um in aggressiver Weise die überkommenen Formen staatlich verfasster Regulation, Verrechtli-

chung, sozialer Garantien zu sprengen und zu durchbrechen. Er setzt dabei auf die Triebkräfte energetischer Selbstentfesselung und –optimierung im Individuum und die damit verbundenen Belohnungen in materiellen Zuwendungen und Elitestatus als neues Subjekt sozialer Bemächtigung.⁷

Führende Consulting-Unternehmen, allen voran ihre Speerspitze McKinsey⁸ stellen die Cluster-Strategien sozialer Transformation auf allen Gebieten unter den Oberbegriff der »schöpferischen Zerstörung«. Dieser Begriff stammt aus der Feder des politischen Ökonomen Joseph Schumpeter, der in seiner Bedeutung Keynes abgelöst und hinter sich gelassen hat. Schumpeter ist der Management-Theoretiker innovativer Ressourcen, die er im unternehmerischen Drang des »Willens zur Macht«, des »Herrenwillens« innovatorischer Eliten verkörpert sieht. So gerieren sich die aggressiven Spitzen der führenden Hightech-Unternehmen wie Google, Cisco, Yahoo, Oracle, SAP im in der Manifestation schumpeterianischen Herrenwillens, beispielgebend für die »Creative Class« im postmodernen Verständnis (etwa eines Richard Florida). Die Strategien »schöpferischer Zerstörung«, der Zerstörung alter gesellschaftlicher Zustände und Herstellung neuer im Prozess eines umfassenden Transformationsgeschehens charakterisieren eine Vielzahl sozialer Projekte, schließlich auch die Umgestaltung der Universitäten und Schulen.

Dies ist der Hintergrund, aus dem sich erklärt, warum »Exzellenz-Cluster« mehr sind, als ein bloßes Mittel, Elite-Universitäten heran zu züchten. Sie sind der Ort der Entfesselung dieser aggressiven Energien, von dem aus der alte soziale Rahmen akademischer Diskursivität und seiner demokratischen Garantien aufgesprengt und zertrümmert wird, um die Aggressivität neuer immaterieller Ressourcen geschichtsmächtig zu machen. Als strukturelles Projekt bringt es die Verödung, Zurücksetzung und Indienststellung des Umfelds jenseits aller alten Gleichheitsversprechen mit sich, als soziales Projekt zielt es darauf, aggressiven innovativen Energien zur Selbstermächtigung zu verhelfen, unter Deklassierung seiner akademischen und studentischen Umfeldler. Selbst die über Drittmittelzwänge »ermutigten« ökonomischen Partnerschaften sind als Unterstellung der Universitäten unter das private Kapital nach altem Verständnis nur unzureichend begriffen. Sie sind charakterisiert durch die Entfesselung unternehmerischer Energien im übergreifenden »unternehmerischen Selbst« über die institutionellen Grenzen hinweg – im SFB 700 der Grenzen zwischen Forschung und militärischer Gewalt. Auch diese Gewalt ist Generierung von »Wissen«, »Wissen« im Verständnis der »knowledge creation« im Sinne einer Formierung immaterieller Ressourcen des Menschen, die Fühlen, Denken, Kreativität und auch Gewalt nicht mehr kategorisch trennt. Ich habe den hierin vollzogenen epistemologischen Umbruch (der in der neuen Managementtheorie bei Gilbert Ryle und Michael Polanyi ansetzt) in unserem Clusterbuch ausführlich behandelt. Dies beleuchtet die Tiefendimension von Zerstörung und Neuschöpfung von Gesellschaftlichkeit, um die es in den Gebieten neuer Kriege geht, auch im »Forschungsgegenstand« des SFB 700.

Wissen und Gegenwissen

Es kommt darauf an, sich kritisch mit dieser Offensive auseinander zu setzen, die versucht, Studierende in das kriegerische Geschehen einzubinden, um zugleich die Aggressivität des kriegerischen Transformationsgeschehens in die Universität zurück zu speisen. Der Sozialprozess ist antagonistisch und der arroganten Selbstermächtigung dieser Offensive stehen die Selbstbehauptungskräfte einer Gesellschaftlichkeit von unten gegenüber, die sich hierin zu neuen Vorstellungen einer befreiten Gesellschaftlichkeit hervorbringen wird. Dem »Wissen« einer dergestalt konzipierten »Wissensgesellschaft« ist das Gegenwissen aus dieser antagonistischen Perspektive entgegen zu setzen. In der Auseinandersetzung mit den Strategien des SFB 700 muss der Bezug zum Widerstand seines sozialen »Objekts« gesucht werden. Anders sind die Chancen einer befreiten Gesellschaftlichkeit nicht zu verwirklichen, anders ist dem Morden und Zerstören kein Einhalt zu gebieten, so »schöpferisch« es sich auch preisen mag.

1 J. Koehler, Ch. Züricher, Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan, eine Studie im Auftrag des BMVg, Final Draft Berlin 20.12.2007, zu laden bei Indymedia

2 vgl. hierzu D. Hartmann, »Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen.« Forschen für die neuen Kriege im SFB 700 der FU Berlin – www.materialien.org.

3 J. Koehler, et al, Quick ..., S. 16 f.

4 ebd. S. 26

5 J. Koehler, Auf der Suche nach Sicherheit, FFB-Governance Working Paper Series Nr. 17, Nov. 2008, S. 7, 19

6 D.H. aaO, S. 5 ff

7 Vgl. zu all dem D. Hartmann, G. Geppert, Cluster, Eine neue Etappe des Kapitalismus, Berlin/Hamburg 2008

8 über seine Schüler_innen bei Bertelsmann im Ursprung der neuen Universitätspolitik und über ihren alten Chef Kluge, Berater von Frau Merkel

*Mehr hochschulpolitische
Informationsquellen im Internet:*

AStA-Homepage

www.astafu.de

AStA-Blog

blog.astafu.de

Fachschaftsinitiativen

fachschaftsinitiativen.de.vu

Berliner Bündnis für freie Bildung

www.freie-bildung-berlin.de

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

www.abs-bund.de

Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit

www.studis.de/pm

STAND ORT DEUT S CHLAND V S. STU DENTISCHE SE LBST VERWAL TUNG

Die Instrumentalisierung des geplanten FU-Kinderparadieses
im Streit um die Zukunft der studentischen Druckerei



*Das Haus der ASTA-Druckerei in der Illisstraße
Foto: Harald Herbich*

Text: Katja Müller

Der AStA der Freien Universität Berlin soll, wenn es nach der Verwaltung der FU geht, zu Beginn des Jahres 2009 etwa ein Drittel seiner Räumlichkeiten aufgeben, um sie der FU für anderweitige Nutzung zur Verfügung zu stellen. Ersatzräumlichkeiten würden nicht gestellt, teilte Peter Lange, der Kanzler und damit oberster Verwaltungsleiter der FU in einem Gespräch Anfang Dezember den anwesenden Vertreter_innen des Allgemeinen Studierendenausschusses mit. Stattdessen wolle die Universität in den Räumlichkeiten das »Dahlemer Kinderparadies« zur stundenweisen Betreuung von Kindern von Studierenden und FU-Mitarbeiter_innen einrichten¹ – prinzipiell ein begrüßenswerter Plan, wenn er nicht gleichzeitig einen so bitteren Nachgeschmack hätte.

Die AStA-Druckerei – ein Herzstück studentischer Infrastruktur

Gegenstand der aktuellen Auseinandersetzung ist das Gebäude der AStA-Druckerei in der Illtisstraße, in dem sich auch ein Arbeitsraum des Öffentlichkeitsreferats des AStA FU befindet. Seit über zwanzig Jahren ist die AStA-eigene Druckerei Teil der studentischen Selbstverwaltung an der Freien Universität. Wie an vielen anderen Hochschulen auch², werden hier die Publikationen des Studierendenausschusses, beispielsweise das Out of Dahlem, der Stud_Kal, die Bücher der Hochschulpolitischen Reihe oder das eben erschienene Magazin »FU 60: Gegendarstellungen« gelayoutet und gedruckt. Aber auch Plakate und Erstsemester-Infos verschiedener Fachschaftsinitiativen, Publikationen nicht-kommerzieller studentischer Gruppen sowie Aufträge anderer Studierendenschaften werden hier von den drei Drucker_innen bearbeitet.

Nachdem an der Technischen Universität Berlin der damalige RCDS-AStA im Sommer 2007 die dortige Druckerei verkaufte, um mit diesem Schritt auch den letzten Rest studentischer Infrastruktur zu zerstören³, ist die AStA-FU-Druckerei die letzte ihrer Art in Berlin. Um so wichtiger ist seitdem ihre Arbeitsfähigkeit für die vielfältigen Aktivitäten studentischer Initiativen in ganz Berlin.

Arbeit unter erschwerten Bedingungen

Um die Raumsituation der Verfassten Studierendenschaft an der FU ist es schon seit Jahren schlecht bestellt: Sie verfügt über rund 300 m² Fläche in der Otto-von-Simson-Straße 23 (die sogenannte AStA-Villa) das Gebäude der AStA Druckerei in der Illtisstraße und 50 m² Kellerräume im Kino Kapitol in der Thielallee – in denen das Semesterticket-Büro des AStA FU untergebracht ist. Schon für den studentischen Wahlvorstand und die AStA Behindertenberatung gibt es in den Räumen keinen Platz – die Arbeitsräume liegen in der Rost- und Silberlaube.

Für die Unterhaltung der Räumlichkeiten ist die Universitätsverwaltung zuständig, die der Studierendenschaft, abgeleitet aus dem Berliner Hochschulgesetz, ihre Arbeit ermöglichen muss. Allerdings kommt sie dieser Verpflichtung nur schleppend nach: Ein Großteil der Kellerräume der AStA-Villa weisen starke Wasserschäden auf und sind teilweise nur als Lagerräume, teilweise gar nicht nutzbar. Auch die sanitären Einrichtungen der Villa sind in einem maroden Zustand, die Arbeitsräume teilen sich bis zu vier Referate mit jeweils drei Referent_innen. Ein Besprechungs- oder Sitzungsraum existiert nicht. Bei den Räumlichkeiten des Semtixbüros handelt es sich um übergangsweise genutzte Kellerräume, die schon aufgrund des nicht behindertengerechten Zugangs nicht für eine Service-Einrichtung mit viel Publikumsverkehr geeignet

sind, in Ermangelung von Alternativen jedoch dafür genutzt werden müssen.

Eigentlich sollte der Allgemeine Studierendenausschuss deshalb schon vor Jahren in einen nur wenige Häuser weiter gelegenen Neubau in der Otto-von-Simson-Straße 13 umziehen. Das neue Gebäude als – »StudentInnenhaus« konzipiert – bei dessen Grundsteinlegung 1995 auch Ausgaben der damaligen AstA-Zeitung »Neues Dahlem« ins Fundament eingelassen wurden, hätte neben ausreichend modern ausgestatteten Arbeitsplätzen auch Räume für studentische Initiativen und einen Sitzungssaal für das Studierendenparlament umfasst. Nach Verhandlungen über die genaue Nutzungsbedingungen des Gebäudes entschied sich die Universitätsleitung jedoch dagegen, dieses der Studierendenschaft wie vereinbart zur Verfügung zu stellen. Der AstA musste in der sanierungsbedürftigen Villa bleiben. In dem als »StudentInnen-Haus« geplanten Gebäude nahm im Jahr 2000 das »Weiterbildungszentrum« der FU die Arbeit auf. Im Gegenzug wurde dem AstA versprochen, das alte AstA-Gebäude zu erweitern, zu sanieren und behindertengerecht umzubauen. Passiert ist seitdem nichts. Auch die Verhandlungen über eine Verwaltungsvereinbarung zwischen der Universitätsleitung und dem AstA, die die Nutzung der durch die Studierendenschaft in Anspruch genommenen Räume vertraglich regeln sollte, wurden von Seiten der Universität abgebrochen.

Die Druckerei muss weichen – für den »Standort Deutschland«

Spätestens damit wurde deutlich, wie wenig der FU-Verwaltung an der Ermöglichung und Unterstützung der studentischen Selbstverwaltung gelegen ist. Nicht nur die studentische Mitbestimmung in den akademischen Gremien wird seit Jahren systematisch beschnitten, sondern aktiv gegen bestehende Infrastruktur vorgegangen – naturgemäß vor allem gegen den Teil, der es der Verfassten Studierendenschaft ermöglicht, eine nicht dem schöngefärbten offiziellen FU-Image⁴ entsprechende Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Bereits vor einigen Jahren hatte die Universität angedeutet, das Druckerei-Gebäude bald für andere Zwecke nutzen zu wollen. Danach war es lange Zeit ruhig geblieben – bis schließlich im September 2008 der Kanzler den AstA zu einem ersten Gespräch vorlud und über seine neuen Pläne und deren demographische Relevanz für den »Standort Deutschland« in Zeiten kinderloser Akademiker_innen und der Angst vor der »demographischen Katastrophe« informierte. Anscheinend hatte sich endlich der passende Grund für die Abwicklung der Druckerei gefunden, einer, der nicht in Frage gestellt werden kann – wer hat schon etwas gegen ein »Kinderparadies« einzuwenden? Dass dabei auf die nationalistische »Standort-Deutschland«-Argumentation zurückgegriffen wird, ist nicht verwunderlich. Auch Präsident Lenzen betont im aktuell herrschenden neoliberalen Exzellenz/Elite-Diskurs stets die Bedeutung der »internationalen Wettbewerbsfähigkeit« der FU und damit der Sicherung des »Standort Deutschland« als »Wissenschaftsnation« im »internationalen Wettbewerb«. Wissenschaft wird in diesem Verständnis ebenso zur Ware erklärt wie die Akademiker_innen-Kinder, die quasi als nationale »Zukunftsinvestition« die vermeintlich überlegene Stellung Deutschlands und damit die unterlegene anderer Nationalstaaten sichern sollen.

In einem Haus, in dem über zwanzig Jahre lang mit Druckfarben gearbeitet wurde, sollen also zukünftig FU-Angehörige ihre Kinder abgeben können. Sicherlich wird dabei auch das ein oder andere medienwirksame Foto strahlender Akademiker_innen-Kinder entstehen. Inzwischen ließ die FU die Bausubstanz überprüfen und stieß dabei auf Asbest. Das bisher als Produktionsstätte genutzte Werkstattgebäude muss zunächst komplett saniert werden, um die bautechnischen Standards für Räume zu erfüllen, in denen Kinder betreut werden können – ein langwieriger und vor allem teurer Prozess. Dennoch soll das »Kinderparadies« bereits im Herbst 2009 eröffnet werden.

Die FU Berlin verfügt über weit mehr Gebäude als der AstA FU – so konnte bisher nicht schlüssig dargelegt werden, warum z.B. das benachbarte Haus in der Illtisstraße – in dem zur Zeit der Arbeitsbereich Absolventenforschung untergebracht ist – nicht gleichermaßen für eine Kinderbetreuung geeignet ist. Die Umbau- und Renovierungskosten für dieses Haus in der gleichen Lage wären deutlich geringer. Bedenkt man

weiterhin, dass immer mehr kleine Institute in die großen Zentralgebäude verlegt werden, die Verwaltung aber dennoch auf die Umnutzung des vom AstA genutzten Gebäudes beharrt, wird endgültig die politische Dimension der ganzen Angelegenheit deutlich. An geeigneten Gebäuden mangelt es nicht - entscheidend ist die Setzung von Schwerpunkten in der Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten.⁵

Enorme Kosten kommen auf die Studierendenschaft zu

Die Folgen für die Studierendenschaft sind gravierend: Mit dem Verlust der Druckerei-Räumlichkeiten würde der AstA nicht nur grundlegend in seiner Arbeitsfähigkeit behindert werden, sondern könnte seinen Aufgaben im Bereich der Information und Beratung von Studierenden nicht mehr im gleichen Maße wie bisher nachkommen⁶.

Neben der Ausführung von Druckaufträgen bietet die AstA-Druckerei eine umfassende Betreuung und Beratung von der Druckvorstufe bis zum fertigen Druckprodukt an – Aufgaben, die über die reine Druckproduktion hinausgehen und bei Fremdfirmen separat in Rechnung gestellt werden würden. Daher ist eine Auslagerung der Druckaufträge nicht ohne weiteres möglich und wäre zudem mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Die bisherigen Kosten für die Studierendenschaft sind auch deshalb so gering, weil dieses Angebot in FU-eigenen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wird. Dies würde sich ändern, wenn Räume außerhalb der Universität angemietet werden müssten.

Die Argumentationslinie der FU-Verwaltung, auch die Studierendenschaft müsse mit der Zeit gehen und »outsourcen«, denn schließlich sei »die AstA-Druckerei sowieso nicht wirtschaftlich«, lässt sich so einfach jedenfalls nicht belegen. In Folge von regelmäßigen Kosten- und Leistungsüberprüfungen nach einer Kontrollprüfung durch den Landesrechnungshof konnte die Wirtschaftlichkeit der AstA-Druckerei zuletzt im Jahr 2006 im Vergleich mit externen Anbietern bestätigt werden.

Damit wird deutlich: Sowohl eine Schließung der Druckerei als auch der Weiterbetrieb der Druckerei in uni-externen Räumlichkeiten wird mit Mehrkosten für die Verfasste Studierendenschaft verbunden sein. Neben dem Verlust der Räumlichkeiten geht es auch um die Arbeitsplätze der drei Drucker_innen, deren Zukunft momentan ungewiss ist.

Für Anfang Januar ist ein weiteres Gespräch zwischen Kanzler Lange und den Mitgliedern des Studierendenausschusses angesetzt. Bis dahin werden verschiedene Vorgehensweisen geprüft. Da von Seiten der Universitätsverwaltung bisher keinerlei Verhandlungsbemühungen gezeigt wurden, ist auch weiterhin nicht mit einem Einlenken zu rechnen. Sollte es wirklich zu einem Umzug bzw. einer Schließung der Druckerei kommen, sind alle Studierenden gefragt, dieses Stück selbstverwalteter studentischer Infrastruktur zu verteidigen. Bleibt abzuwarten, ob die »exzellente« FU, die so stolz darauf ist, das »revolutionäre Schmutdelimage« vergangener Jahre abgelegt zu haben, es darauf ankommen lassen will.

1 Eine kurze Erläuterung zu diesem vom eigens eingerichteten »Familienbüro« der FU betreuten Projekt findet sich auf der Seite des Personalrats Dahlem: www.web.fu-berlin.de/prd/family (10.12.2008)

2 So etwa der AstA der Universitäten in Bremen, Braunschweig, Bochum, Mainz, Hannover, Münster, Düsseldorf, Oldenburg und Aachen.

3 Die Druckerei der TU Berlin wurde 2007 vom damaligen RCDS-AstA zerschlagen. Vgl. dazu z.Bsp. die Pressemitteilung des AstA FU und des RefRat HU vom 29. Juni 2007: www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2007/presse_06-29 (10.12.2008)

4 An dieser Stelle eine Empfehlung für Spaßvögel: Auf der FU-Homepage findet sich seit einiger Zeit ein Propagandafilmmchen, das in 11 Minuten die Geschichte der Freien Universität erklärt: www.fu-berlin.de/presse/videoarchiv (12.12.2008) – Neben der klassischen Geschichtsklitterung des FU-Präsidiiums (Dahlem als »deutsches Oxford« etc.) besticht es vor allem durch Pathos und strahlende Bilder.

5 So gibt es auf dem FU-Campus zum Beispiel drei »Gründerhäuser« in denen Unternehmensgründern 70 Arbeitsplätze kostenfrei zur Verfügung gestellt werden

6 Sicherlich gibt es genug Menschen, denen dieser Umstand aus politischen Gründen gerade recht kommt.

Zahlen und Zeit

Zur Bachelor-Befragung 2008

Text: Sebastian Schneider

»In einer Befragung unter Bachelorstudierenden gaben 74 Prozent an, mit ihrem Studium an der Freien Universität zufrieden zu sein.«, so eine triumphale Mitteilung der FU-Pressestelle. Das seien fast 10 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Befragung. Die Zeit stimmte euphorisch mit ein: »Die spannende Frage ist: Wie werden die ewigen Kritiker des neuen, zuletzt viel gescholtenen Studienabschlusses mit diesem Ergebnis umgehen?«

Zwischen den beiden Bachelor-Befragungen bekam ein Bericht bundesweite Aufmerksamkeit. Der vom FU-Präsidium geheim gehaltene »Studienerfolgsbericht«, der aufgrund studentischen Engagements öffentlich gemacht wurde, kam zu dem Ergebnis: »Der feststellbare Schwund in den neuen Studiengängen ist erheblich höher als in den alten Studiengängen.« 37% der BA-Studierenden hatten ihr Studium abgebrochen. Ja, was denn nun?

Schauen wir etwas genauer in die jüngste Bachelor-Befragung: 74 Prozent der Studierenden klagen über hohen Leistungsdruck, 50 Prozent klagen über Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit, wobei 51 Prozent der Studierenden einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die strukturelle Benachteiligung von Studierenden, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen, liegt auf der Hand.

Nur 9% streben den Bachelor als höchsten Abschluss an, 64 Prozent wollen zumindest einen Master anschließen. Gleichzeitig nehmen 34 Prozent der Studierenden eine hohe Konkurrenz zwischen den Studierenden wahr. Ein Zusammenhang zwischen einem sozialen Klima von Konkurrenz und dem geringen Angebot von Master-Plätzen hatte auch schon die Studierbarkeitsstudie der HU aufgezeigt. Dort wie hier wird gerade in den Freitextfeldern der Studie über Stress, Überforderung und existenzielle Ängste geklagt.

Während 80 Prozent der Befragten angaben, dass ihr Wunschfach nur als BA angeboten wurde,

fiel die Bewertung der spezifischen Merkmale eines Bachelor-Studiums (Studiendauer, berufswissenschaftliche Anteile, Strukturiertheit,..) durchweg negativ aus. Klingt das nach einer Bejubelung des Bachelor-Studiums? Die Studie selbst hierzu: »[Es] muss festgehalten werden, dass die genuinen Merkmale des Bachelorstudiums keine besondere Motivierungsqualität entfalten.« Harte Worte.

Lediglich 5 Prozent gaben an, ein Semester im Ausland verbracht zu haben, obgleich die Internationalisierung der Abschlüsse und des Hochschulraums zentrales Ziel des Bologna-Prozesses war. Dem Pflichtmodul »Allgemeine Berufsvorbereitung« (ABV) sprachen nur 44 Prozent zu, berufspraktische Erfahrungen eher positiv zu vermitteln. Weiterhin waren lediglich 27 Prozent der Befragten der Meinung, durch den Studienbereich ABV besser mit Anforderungen des Arbeitsmarkts vertraut zu sein. Eine glatte Ohrfeige.

Eine Zahl ist im besonderen besorgniserregend: 65 Prozent der Befragten haben ein Elternteil mit Hochschulabschluss. Bundesweit gilt dies für 52 Prozent der Studierenden, wie die Sozialerhebung des Studentenwerks 2006 feststellte. Die Sozialerhebung zeigte ebenso, dass 83 Prozent aller Kinder von Akademiker_innen einen Hochschulzugang erwerben, während das auf nur 26 Prozent der Kinder von Nichtakademiker_innen zutrifft. An der FU oder im BA allgemein greift die soziale Selektion offenbar noch stärker als im -international bereits scharf kritisierten- Bundesdurchschnitt.

Doch was ist von einer Evaluation wie der vorliegenden Bachelor-Befragung allgemein zu halten? Ist sie ein verlässliches, nüchternes Faktensieb, das Strukturverbesserungen ermöglicht oder lediglich Bestandteil der PR-Marketing-Strategien eines an »internationaler Sichtbarkeit« orientierten Präsidiums?

Es sind Art und Rolle der Evaluation, die sie zu einem Problem machen. Top-down durchgeführt, ohne nennenswerte Beteiligung von Studierenden, wirken Interessenlagen schon auf die Themengebiete und Fragestellungen ein. So ist der Versuch von Studierenden, die Frage nach sexistischen und rassistischen Diskriminierungserfahrungen an der Uni aufnehmen zu lassen, der einzige mir bekannte, der von gewissem Erfolg gekrönt wurde. Er führte im Fragebogen zum Freitextfeld: »Haben Sie negative Erfahrungen mit Lehrenden gemacht? Wenn ja, welche?« Eine so vage formulierte Frage, dass die Auswertung belanglos blieb. Bei der studentischen Studierbarkeitsstudie an der HU gaben 19% der weiblichen und 7% der männlichen Befragten sexistische sowie 29% der ausländischen Befragten rassistische Diskriminierungserfahrungen an.

»Operative und technische Unterstützung«, erwähnt die Befragung, habe sie von der »Stabsgruppe Internationale Netzwerkuniversität« des Präsidiums erhalten. Böswillig zusammengefasst: Das Präsidium stellt sicher, dass es ungefährliche Fragen sind, die von Studierenden beantwortet werden. Soweit zur Art der Evaluation.

Die Rolle der Evaluation muss im Kontext der Entdemokratisierung verstanden werden. Es wäre naiv zu glauben, die Evaluation diene der Informiertheitssteigerung der Gremienvertreter_innen. Die wachsenden Entscheidungsbefugnisse des Präsidiums sollen sicher nicht durch öffentliche Fehlentwicklungsanalysen austariert werden. Vielmehr drohen die Evaluationen Mitbestimmung zu ersetzen und den argumentativen Diskurs durch technokratische Steuerung auszutauschen. So musste sich die wissenschaftliche Leiterin der Bachelor-Befragung, Prof. Thiel bereits im Berliner Landtag zur süffisanten Frage nach dem Angemessenheitsbezug der Qualitätssicherungsinstrumente an der FU äußern. Die Antwort war ausweichend. Doch wie ist die große Zufriedenheit der Befragten mit dem Studium an der Freien Universität erklärbar? Freuen sich die Studierenden einfach über ihr Privileg des Studiums? Mit der Bachelorsystem kann die Zufriedenheit angesichts der Detail-Zahlen jedenfalls nicht zusammenhängen. Hierfür wäre auch eine andere Frage vonnöten gewesen, etwa: »Wenn Du die Wahl hättest zwischen Magister, Diplom, Staatsexamen und Bachelor, welchen Studienabschluss würdest Du anstreben wollen?« Diese Fragestellung wird in einer vom FU-Präsidium beauftragten Erhebung sicherlich nicht auftauchen. Und der Zeit ist dringend anzuraten, zu kritischem Journalismus zurückzukehren.



*Nicht Bates Motel, sondern das Verbindungshaus des Corps Teutonia in Friedenau.
Foto: Frauke Liebertz*

Ein günstiges Zimmer in einer netten WG, das hat Christoph Fischer (Name von der Redaktion geändert) gesucht, als er im Wintersemester 2007/2008 nach Berlin kam, um sein Studium anzufangen. Gefunden hat er zusätzlich Trinkgelage und pöbelnde Mitbewohner. Sogar der Strom wurde ihm abgedreht. Statt in einem Studierendenwohnheim war der 22-jährige in dem Haus einer Studentenverbindung gelandet, wo raue Sitten herrschten – spätestens als klar war, dass er nicht Mitglied werden wollte. Björn Kietzmann und Claudia Wrobel sprachen mit Christoph über ewig-gestrige Mitbewohner, Rassismus und massive Drohungen.

Du bist im Herbst 2007 in ein Berliner Verbindungshaus eingezogen. Gab es auf dem »normalen« Wohnungsmarkt keine passenden Zimmer?

Ich habe mir Inserate im Internet auf studenten-wg.de und wg-gesucht.de angesehen und dabei auch eine interessantes Angebot von einem Studentenwohnheim gesehen. Von Verbindung stand da nichts. Es waren auch Bilder von den Zimmern drin, da steht aber nichts von irgendeiner Verbindung, das kriegt man dann so nebenbei mit. Wenn man sich das Zimmer ansieht, wird das so behandelt wie, es gibt hier diesen Verein, aber das Wohnheim ist komplett eigenständig.

Fang doch einfach mal an zu erzählen, wie deine ersten Eindrücke im Verbindungshaus waren.

Im letzten Wintersemester bin ich in ein Studentenwohnheim eingezogen, das an eine Studentenverbindung, das »Corps Teutonia« in Friedenau gegliedert war. Wie gesagt, es war als ein ganz normales Studentenwohnheim ausgeschrieben. Es gab keine Aufnahmebedingungen: Man musste nicht ganz besonders stolzer Deutscher sein oder so. Und die Leute, die da gewohnt haben, waren eigentlich auch alles Studenten wie ich – relativ normale Menschen, die auch nichts mit der Verbindung zu tun hatten. Dort wohnte auch eine Frau, was ja für studentische Verbindungen sehr ungewöhnlich ist. Das war für mich damals ein Zeichen, dass die wahrscheinlich nicht den Gerüchten entsprechen, sondern eher so ein bisschen aufgeklärt sind.

Und wie ging es weiter, als du deine Umzugskartons ausgepackt hattest? Konntest du dich schnell einleben? Anfangs waren die rauen Rahmenbedingungen zu spüren, die allerdings noch nicht wirklich bedrohlich waren. Beispielsweise rannten ständig Leute mit irgendwelchen lustigen Bändern am Zimmer vorbei und wollten



Wohnen im Verbindungshaus

nötigen. Das haben sie nicht geschafft. Von uns sieben, die da gewohnt haben, sind zwei beigetreten. Es waren also dort zwei Leute feste Mitglieder und fünf nicht. Aber prinzipiell war das auch noch nicht das große Problem, dass wir gesagt haben wir machen da nicht mit. Das Problem fing erst richtig an, als die Leute anfangen, auf unsere Gäste zuzugehen, auch festzuhalten, vollzutexten und vor allem bei weiblichen Gästen sehr ausfallend zu werden was aufdringliche Kommentare angingen, wie zum Beispiel sie zu bitten mit aufs Klo zu kommen. So was war da völlig normal.

Und wie erging es deiner Mitbewohnerin?

Sie wurde auch dauerhaft angepöbelt und angegraben von irgendwelchen besoffenen Corpsgästen. Richtig furchtbar. Irgendwann hatte sie sich dann mal ordentlich zur Wehr gesetzt und ab da wurde es wirklich fies: Einer der Verbindungsstudenten hat eines ihrer Bilder von der Wand gerissen. Das Bild war ein Geschenk ihrer Eltern, was das Ganze für sie noch tragischer machte. Dafür wollte keiner die Verantwortung übernehmen, obwohl natürlich alle wussten, wer es war. Auch die Verwaltung des Hauses hat das gedeckt, obwohl wir sie darauf angesprochen haben. Ich hab dann denjenigen mal vor seinen Verbindungskumpels darauf angesprochen, was sie als Klagedrohung aufgefasst haben und mich und diese Dame massiv unter Druck gesetzt haben. Das fing ganz langsam mit sehr unterschwelligem Äußerungen an, dass man vorsichtig sein solle, wen man so mitbringen würde.

Das klingt eher geheimnisvoll. Was sollte das bedeuten?

Ich hatte damals oft Besuch von einem iranischen Freund, der immer sehr kritisch beäugt wurde und dann kamen Bemerkungen, was der hier suchen würde. Ob ich da nicht viel riskieren würde, so jemanden mit auf das Haus zu nehmen. Also schon sehr aggressiv.

Und ging das noch weiter?

Dann wurde es noch richtig schlimm. Es wurde mal das Internet ausgestellt, oder das Telefon, dann haben sie einmal den Schlüsselcode von dem elektronischen Schloss geändert, so dass wir beide für eine Woche nicht mehr ins Haus kamen. Wir haben uns damals bei der Polizei gemeldet, doch die haben gesagt, dass sie nicht viel machen könnten, außer unsere Sachen da raus zu boxen, wenn wir den Umzugswagen schon vor der Tür stehen haben. Wir waren da ziemlich aufgeschmissen. Die Verbindungsleute haben sich echt einen Spaß daraus gemacht und auch den Strom abgestellt. Man wusste überhaupt nicht mehr, was als nächstes passieren würde.

Du hast gesagt, ihr habt euch an die Hausverwaltung gewandt, die euch aber nicht geholfen hat. Wie war das?

Der Verwalter war dort auch selber Bewohner und hatte da so eine richtige Allmacht. Auch der Vermieter,

also der Vorsitzende vom Wohnheim, trug bei jedem Besuch des Hauses die farbigen Bänder seiner Studentenverbindung. Er war ein »Alter Herr« aus einer befreundeten Verbindung. Dass die alle selber Corpsmitglieder sind, wurde uns aber anfangs gar nicht gesagt. Das haben wir erst hinterher raus gefunden.

Also wurdet ihr von Anfang an rücksichtslos hinter Licht geführt?

Da wird man gezielt desinformiert. So kriegen die dann auch immer Leute, weil es nur wie eine große WG wirkt. Dass die Verbindung und die WG aber ein und dieselbe Sache sind, wird verschwiegen. Die haben da auch ihre Corpsräume, ihre Kneipenräume, ihre Fechträume und so - und das ist ein Unterschied finde ich. Ich hab schon bei der Besichtigung gesehen, dass da eine Flagge am Haus hing, aber es wurde mehrmals beteuert, dass das keine Verpflichtung sei, auch nichts damit zu tun habe. Damit war das für mich auch gegessen.

Wieviel habt ihr denn da vom Verbindungsalltag mitbekommen? Gab es da auch mal politische Veranstaltungen, Vorträge oder so was?

Na ja, bis auf diese üblichen Trinkgelage, bei denen immer wieder versucht wurde, uns mit rein zu ziehen, war das relativ in Ordnung. Es war auch nicht besonders laut. Je nach Feier haben die sich schon recht primitiv verhalten, aber da ich zwei Stockwerke drüber gewohnt habe, ging das noch. Genauer zum Alltag dort kann ich auch nur aus den Erzählungen eines Mitbewohners berichten, der für einen Monat da mitgemacht hat, dem das danach aber zu blöd wurde. Es gibt einen wahnsinnig großen Konformitätsdruck: Als Neuling wird man zu irgendwelchen Pflichten verdonnert, muss die anderen beim Essen bedienen und so was. Außerdem muss man mit so einer Waffe trainieren - sie waren also auch noch pflichtschlagend. Selber gesehen habe ich einen Raum, der dekoriert war mit Antiquitäten, unter anderem auch Becher mit der Reichskriegsflagge drauf und so'n Scheiß. Prinzipiell hat man natürlich kein Interesse, mit solchen Leuten über Politik zu reden. Nicht zuletzt durch die Kommentare meinem iranischen Freund gegenüber war das sehr schnell klar. Konkrete politische Veranstaltungen hab ich jetzt nicht mitbekommen. Ehrlich gesagt waren das auch nur zwei Leute unter 30, also Aktive und die hatten weder ein politisches Interesse noch ein Verständnis davon. Die saßen rum und haben mitgesungen, was die alten Herren gesungen haben.

Als der Ton nachher rauer wurde - wie habt ihr euch da gefühlt?

Ich hab eine Weile lang auswärts schlafen müssen, denn wenn man mit abgeschlossener Zimmertür schläft, wie fühlt man sich da ... auf jeden Fall hatten wir Angst. Da kann ich jetzt für mich und die Frau sprechen. Sie ist sowieso schon eine Weile vorher wieder zu ihren Eltern verschwunden, die auch in Berlin wohnen, weil ihr das zu krass wurde. Und ich selber bin auch mehrere Tage mal nicht da gewesen. Das ist schon echt übel.

Und wie seid ihr da dann raus gekommen?

Wegen eines fingierten Grundes bekamen wir eine vorzeitige Kündigung mitten in der Klausurenphase. Der Grund war irgendeine Party, die dort stattgefunden haben soll, von der aber kein Mensch etwas wusste. Das war natürlich einerseits in unserem eigenen Interesse, da es aber wirklich mitten in den Klausuren war haben wir erstmal Einspruch dagegen erhoben und dann wurde es massiv. Dann kamen diese Sachen mit dem Schlüsselcode womit sie uns echt vom einen Tag auf den anderen das Recht auf den Zugang zu unseren Räumen genommen hatten. Wir wussten zwar, dass wir uns rein rechtlich durchsetzen könnten, denn wir haben mehr Zeugen, aber wir wussten ja nicht, was die sich als Nächstes einfallen lassen, was da noch so kommt. Ob die uns in der Uni auflauern oder sonst was machen. Wir sind da dann doch fluchtartig weg. Die andere große Aktion war, dass sie mit einem Zweitschlüssel, von dem keiner wusste, versucht haben, einen Tag vor meinem Auszug bei mir einzubrechen. Da kamen die zum Glück nicht mit durch denn ich hatte das Schloss gewechselt, weil ich so was schon vermutet hatte. Wir sind da raus, haben aber von unserer Kautions, was etwa 500,- Euro waren nur die Hälfte wiedergesehen. Begründet wurde das mit irgendwelchen Telefonrechnungen, von denen wir nie Belege gesehen haben und auch nach einem Brief vom Anwalt kam keine Reaktion. Alle fünf Studenten, die da gewohnt haben sind spätestens zwei Monate später zum regulären Mietende dort ausgezogen und auch von denen haben viele ihre Kautions nicht wiedergesehen.

Unsere nächste Frage ist ehrlich gesagt etwas klischeehaft: Wie würdest du die Menschen da politisch einschätzen? Waren das alles Nazis?

Meiner Einschätzung nach waren da zwei oder drei, die mehrere Sprüche in die Richtung gemacht haben, zum Rest hatte ich so wenig Kontakt, dass ich mir da kein Urteil erlauben kann. Ich hab mir mal ein bisschen das Material angesehen, was sie da rumliegen hatten. Da sind dann so uralte Sachen bei, wo Leute mit »SS« unterschrieben haben, also diese Runenform statt Sommersemester, aber das war auch echt aus der aktiven Zeit damals. Ich glaube nicht, dass man heutzutage alle so charakterisieren könnte. Wie schon erwähnt steht da auch ein Becher mit einer Reichskriegsflagge einfach mal rum. Das geht garantiert in die Richtung, aber die haben keine kahlrasierten Schädel und gehen auf Demos. Aber rechtskonservativ muss

Altherrenschaft, auch Philistertum: Als Altherrenschaft werden die nicht mehr studierenden Mitglieder einer Verbindung bezeichnet. Sie sind oft in eingetragenen Vereinen organisiert. Die Vereine halten zumeist engen Kontakt zu den studierenden Mitgliedern einer Korporation, nehmen an Feiern im Verbindungshaus teil und unterstützen die Studierenden finanziell.

man dazu auf jeden Fall sagen. Wenn schon so ein Spruch einem Ausländer gegenüber kommt, es sei riskant, so jemanden mit herzubringen, reicht mir das eigentlich schon als Definition.

Was würdest du Menschen raten, die auch in solchen WGs in Verbindungshäusern gelandet sind?

Sich so bedeckt wie möglich zu halten und zum nächsten Termin wieder ausziehen. Die haben schon ein Interesse daran, neue Leute in die Verbindung reinzukriegen und spätestens, wenn man das nicht will, wollen die einen auch zum schnellstmöglichen Termin rauspöbeln und das machen die auch. Da ist es besser, man geht das selber an und zieht aus bevor die zu solchen Mitteln greifen. Was das für ein Stress mitten im Studium ist, mit so einem Mist zu tun zu haben, ist wirklich unbeschreiblich.

In Leipzig gibt es seit einigen Jahren angestoßen vom StudierendenRat ein Ausstiegsprogramm für Verbindungsstudierende. Da sind unter anderem professionelle PsychologInnen bei. Glaubst du, dass das notwendig ist?

Bei den Leuten, die ich dort kennen gelernt habe, wäre denk ich mal keiner so weit zu sagen, dass er nicht mehr mitmachen würde. Die bekämpfen sich zwar alle gegenseitig und sind da auch nicht glücklich, aber so fest drin, dass sie sich über so was keine Gedanken machen.

Das ist ja auch das Problem, das da hinter steckt, denn die Leute, die richtig tief drinstecken, die verlieren ja nicht nur ihre Wohnung, meist auch noch ihren kompletten Freundeskreis...

Die können auch damit rechnen, an der Uni Probleme zu kriegen, weil viele Profs und andere in der Akademikerebene da mal aktiv waren, gerade so in den Jura- und Wirtschaftsfachbereichen, da ist das ja auch bekannt. Ich weiß nicht, wie es an der FU aussieht, aber an der TU auf jeden Fall und da kann ich mir vorstellen, dass man als Student Schwierigkeiten hat, auszusteigen, wenn man bei so jemanden seine Klausur oder sein Diplom schreibt. Da müsste ein ganz anderes Bewusstsein herrschen was das eigentlich für Strukturen sind, die einen da drin halten und die es schwierig machen, raus zu kommen. Das wird zu einem Riesendruck fürs Studium, wenn nicht sogar für die eigene Gesundheit. Außerdem darf man leider auch nicht unterschätzen, was die an Kontakten haben, das ist eine Menge. Was ich nur im Vorbeigehen mitbekommen habe! Da waren auch Leute bei, die in irgendwelchen Regierungskreisen arbeiten und so was finde ich schon echt bedenklich. Dadurch entsteht auch diese krasse Angst, was die alles machen können, zum Beispiel durch solche Seilschaften später die Karriere verbauen. Theoretisch sollte man so 'nen Scheiß verbieten, aber dann würden sie ihre Kreise inoffiziell weitermachen.

Willst du zum Schluss noch was loswerden?

Das Schwierige ist echt, dass ich mich im Nachhinein frage, wie ich in diese Situation kommen konnte. Das Problem ist, dass bei den ganzen Geschichten, die man über Verbindungen hört, erstmal denkt, dass es nur Burschenschaften sind, die so schlimm sind. Dass verschiedene Sorten von Verbindungen existieren, übersteigt schon die normalen Kenntnisse von vielen. Und dann denkt man »das ist ja ein Corps, das ist ja keine Burschenschaft, das ist ganz was anderes«. Das ist glaube ich die besondere Gefahr für Leute, die gerade neu damit in Berührung kommen, eine Wohnung suchen und sich wenig darüber informieren. Das ist die Gefahr, dass es so gut funktioniert. Es fehlt anscheinend ein bisschen Aufklärung und Verständnis, aber das ist wichtig. Was Burschenschaften sind, weiß ja eigentlich jeder, der einmal davon gehört hat. Dass man diese ganzen Verbindungen alle erst mal sehr kritisch beäugen sollte, wäre halt der Punkt. Also auch Leute, die da rein geraten könnten, so zu informieren, dass die gar nicht erst auf die blöde Idee kommen, denn das ist wie gesagt eine total unterschätzte Gefahr für Studenten. Da geht eine Menge Geld und vor allem Zeit bei drauf.

Korporationen, Burschenschaften, Verbindungen

Mehr Informationen zum komplexen Thema Studentenverbindungen und Burschenschaften hat das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (APABIZ) zusammengetragen und in einem Reader veröffentlicht, den es auch als PDF-Download gibt: www.apabiz.de/bildung/RefKat/BurschenschaftenStudentenverbindungen.pdf



Aus Solidarität mit den studentischen Besetzungen hielten die Dozent_innen ihre Vorlesungen in der Öffentlichkeit ab.
Foto: Tom, flickr.com

» Non pagheremo noi la vostra crisi«

ital.: Wir werden nicht für eure Krise zahlen

Eine Million Menschen demonstrierten in Italien gegen die neue Bildungsreform der Berlusconi-Regierung

Text: Internationalismusreferat AstA FU

Diese Krise zahlen wir nicht! Eine Parole, die seit Oktober von italienischen Schüler_innen, Studierenden, und Angestellten der Schulen und Universitäten propagiert wird, denn die mit der Reform einhergehenden Einsparungen werden vor allem mit der Finanzkrise begründet. Dabei geht es eigentlich um die weitere Umsetzung des europaweiten Bologna-Prozesses, der natürlich auch in Italien seit einigen Jahren angewendet wird. Negative Konsequenzen sind längst sichtbar geworden: Die Studierenden leben in prekären Lebensverhältnissen. Oft arbeiten sie im Niedriglohn-Sektor um ihre Studiengebühren zahlen zu können. Häufig teilen sich zwei oder auch manchmal drei Studierende ein Zimmer. Anders können sie die Mieten in den Städten nicht bezahlen. Für Kinder aus den so genannten »bildungsfernen Schichten« ist ein Studium kaum möglich.

Einsparungen und Privatisierungspläne

In den letzten Jahren gab es wenig Proteste gegen die Umstrukturierungsprozesse in Italien. Nun haben sich die Menschen an den Schulen, Hochschulen und aus der Forschung wieder re- und neuorganisiert und demonstrierten Anfang Dezember gegen die Gesetzesinitiative Nr. 133 der Regierung Berlusconis. Dabei geht es um die Verabschiedung der so genannten Gelmini-Reform, die ihren Namen der Bildungsministerin Maria

Stella Gelmini (von der Berlusconi-Partei Forza Italia) verdankt. Die Reform sieht vor, mit dem Gesetz 133 in den Jahren 2009 bis 2012 mindestens 87.000 Stellen für Lehrer_innen- und Dozent_inn_en und 44.500 Stellen weiterer Bildungsangestellter zu streichen. Jährlich acht Milliarden Euro sollen eingespart werden. Mehrere Schulen sollen geschlossen, sowie die Anzahl der Lehrer_innen pro Klasse in den Grundschulen halbiert werden. Durch die Initiative der rechtsextremen, an der Regierungskoalition beteiligten Partei Lega Nord werden außerdem so genannte »Ausländerklassen« an den Schulen eingerichtet. Der Artikel 66 des neuen Gesetzes sieht die Reduzierung von Universitätspersonal vor. In den kommenden drei Jahren soll nur noch jede fünfte freiwerdende Dozent_inn_en-Stelle neu besetzt werden. Die italienischen Universitäten sollen sich künftig stärker darauf verlegen, Stiftungen zu gründen, um von privaten Geldern zu profitieren. Erzielt wird dadurch die Umstrukturierung der heute staatlichen Universitäten in Privatstiftungen und Unternehmen. Es ist allerdings unmöglich, dieses Gesetz außer Kraft zu setzen, da es als ein Teil des Finanzgesetzes präsentiert worden ist. Die Streikenden sind sich sicher, dass diese Privatisierung nicht nur die Freiheit der Wissenschaft eindämmen, sondern auch gesellschaftliche Ungleichheiten weiter verstärken wird. Sie sprechen davon, dass jenes Recht auf Bildung, wie es die italienische Verfassung bisher garantiert hat, in Gefahr ist.

Demonstrationen, Generalstreiks und Besetzungen

Um den kollektiven und sozialen Charakter des Protestes zu unterstreichen, beschränken sich die Demonstrationen nicht nur auf die Straße. Wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen und Professor_innen verlegen ihren Unterricht, in Form von Sonderseminaren, in die öffentlichen Gelände der Universitäten und demonstrieren damit ihre Solidarität, ohne den Lehrbetrieb aufzugeben. Studierende von verschiedenen Universitäten in ganz Italien befanden, dass es nötig sei, die Lehrräume zu besetzen, um den »Ernst der Lage« zu verdeutlichen. Am 27. Oktober besetzten 10.000 Studierende die Universität La Sapienza in Rom, von wo aus sie später eine Besetzung des Hauptbahnhofs Roma Termini und ein »Sit-in« vor dem Senatsgebäude Palazzo Madama organisierten. Als am 29. Oktober die Bildungsreform im Senat, der zweiten Parlamentskammer, mit 162 zu 134 Stimmen angenommen wurde, war das Gebäude von Tausenden Studierenden belagert. Der Senat sah sich gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen. In sieben verschiedenen Demonstrationen waren Studierende ins Zentrum der Stadt gelaufen. Dennoch wurde das Gesetz verabschiedet, während draußen die Studierende lautstark protestierten und die Politiker_innen als »Clowns« bezeichneten. Einen Tag danach demonstrierten schätzungsweise eine Million Menschen in Rom gegen die Gelmini-Reform. Zu der Demonstration hatten neben den Studierenden und Schüler_innen auch mehrere Gewerkschaften aufgerufen. In Roma-Trastevere verschafften sich einige Studierende durch Eierwürfe auf das Bildungsministerium ihrer Wut Luft.

Die Situation in Italien hat Gemeinsamkeiten mit der Bildungssituation überall in Europa, wie die Streikenden betonen. Deswegen sind die Forderungen der italienischen Studierendenbewegung (bzw. darüber hinausgehend) nicht als Folge einer besonderen politischen Stimmung, sondern als eine gemeinsame Forderung nach einem Bildungssystem zu betrachten, das frei in der Zugänglichkeit und in den intellektuellen Inhalten sein soll. Der Streik gegen die Bildungsreformen in Italien wird von den Protestierenden deshalb auch als Widerstands- und Protestbewegung gegen die europäische bzw. internationale Bildungsreform verstanden. Sie befürchten, dass sich die neoliberalen Reformen zu einer »globalen Bildungskrise« entwickeln werden.

F., ein Student aus Italien der an der FU studiert, gab uns einen näheren Einblick über die Situation an den Schulen und Universitäten in Italien. Viele Freunde von ihm beteiligen sich an dem Streik. Er fragte beim ASTA an, ob die Studierendenschaft der FU nicht eine Solidaritätserklärung verfassen könne. Gemeinsam mit ihm hat das Internationalismusreferat vor kurzen eine Resolution verfasst, die das Studierendenparlament einstimmig angenommen und verabschiedet hat (demnächst auf www.astafu.de nachzulesen). Dieser Artikel ist ein Ergebnis der Recherchen und Gespräche mit F.

Staatliche Repressionen und Provokationsversuche neofaschistischer Studierender

Die Bewegung gegen die Bildungsreform hat sich rasch zu einer direkten Konfrontation mit der Regierung und dem Staat entwickelt. Offizielle Zahlen des Innenministeriums sprechen seit Anfang Oktober von weit über 300 Demonstrationen. Trotz der enormen Beteiligung an den Protesten, an denen sich bereits alle italienischen Universitäten beteiligen, verweigert die Regierung den Dialog. Stattdessen bezeichnet sie die Studierenden und Dozent_innen als gewalttätige Störer_innen und droht immer wieder mit Polizeieingriffen. Francesco Cossiga, ehemaliger Präsident der Republik und mehrmaliger Innenminister, empfahl in einem öffentlichen Interview, dass die Kriminalisierung des Protestes durch Infiltration von Zivilpolizei und Aufwacher_innen innerhalb der Protestbewegung stattfinden solle und Demonstrant_innen, und Lehrer_innen niedergeprügelt werden sollten. Dieser Äußerung hat die aktuelle Regierung nicht widersprochen, sondern sie vielmehr bestätigt: Sie spricht im Zusammenhang der Demonstrationen und Besetzungen von »terroristischer Bedrohung« und »Gewalttäter_innen«.

Die Ereignisse bei der Auseinandersetzung in Rom bestätigen zudem, dass die Polizei einseitig Partei nimmt. Während streikende Studierende verhaftet und geprügelt wurden, blieben die Provokationen und Angriffe

neofaschistischer studentischer Organisationen erst total unberücksichtigt. Bei der Demonstration am 9. Oktober in Rom versuchten neofaschistische studentische Gruppierungen zu intervenieren. Bei der Demo in Rom waren 87.000 Menschen, darunter einige hunderte Nazis. »Blocco Studentesco« und »Casapound« liefen vorne auf der Demo mit und hatten mindestens einen Lautsprecherwagen. Das italienische Fernsehen strahlte Bilder aus. Deutlich hörbar und erkennbar wird, dass es sich dabei um (neo)faschistische Gruppierungen handelt. Im Internet haben wir Filmberichte gefunden, bei denen Hunderte von Nazis »Duce, Duce« (Mussolini) schreien, einige von ihnen deutlich sichtbar mit dem »Hitlergruß«. Als dies den (anderen) Demonstrant_inn_en auffiel, die meisten darunter waren Studierende, forderten sie diese Gruppierungen auf, zu gehen. Die Nazis waren allerdings bewaffnet, benutzten teilweise ihre Fahnenstangen als Waffen und übten massiven Druck auf die Demo-Verantwortlichen aus. Gewalt wurde angedroht. Die Polizei griff die ganze Zeit nicht ein. Weder bei den Nazi-Parolen, noch als die Gewaltandrohung folgte. Die meisten Demonstrierenden lehnen jedoch die neofaschistischen Gruppen vehement und grundsätzlich ab. Da die Nazis weder aufhörten noch gingen, kam es zu harten Auseinandersetzungen mit anderen Demonstrant_inn_en, darunter auch einige antifaschistische Studierende, die Tage zuvor auf die Nazis aufmerksam gemacht hatten, als diese anfangen zu versuchen, die Studierendenproteste für sich zu nutzen. Erst als die Nazis angegriffen und verletzt wurden, griff die Polizei ein. Sie verhafteten um die 20 Nazis und ein paar andere Demonstrant_inn_en.

Die aktuelle Regierung Berlusconi unterstützt bekanntermaßen offen den rechten Flügel, von konservativ bis hin zu Mussolini-Anhänger_innen. Die Vorstellungen der Regierung gehen dahin, dass das Schulsystem wieder autoritärer werden soll, weniger demokratisch. Die österreichische Zeitung Kurier berichtet im Internet, das Gelmini betont hat: »Jetzt können wir die italienische Schule reformieren. Wir kehren zu einem Schulsystem zurück, in dem Ernsthaftigkeit, Fleiß und gutes Benehmen im Vordergrund stehen«. Im Klartext bedeutet das, dass Schüler_innen wegen schlechten Benehmens sitzen bleiben können und »Volksschüler« Schuluniformen tragen müssen. Zudem werden die Klassen zukünftig die ersten fünf Jahre von der/dem gleichen Lehrer_in unterrichtet, anstatt das jeweilige Wissen der einzelnen Fachlehrer_innen hören und lernen zu können. Gelmini ist der Meinung, das alle Angestellten »faul« sein und »nur herum sitzen«, deshalb sollen nun 133.000 Stellen im Bildungsbereich gestrichen werden, 87.000 davon sofort. Besonders skandalös ist die Einführung von so genannten »Sonderklassen« für Kinder von Immigrant_inn_en. Die Idee dazu kam von der rechtsextremen, an der Regierungskoalition beteiligten, Partei Lega Nord.

Die Bewegung weitet sich aus, die Kritik an die Regierung nimmt weiter zu

Erste Erfolge des Widerstands lassen sich erkennen. Die Schüler_innen- und Studierendenbewegung hat große Mobilisierungserfolge, die Unterstützer_innen werden immer mehr. Es scheint, als weite sich der Streik auf andere Bereiche aus. Der Widerstand gegen die Politik Berlusconi wird größer. Die regierende Rechtskoalition hat nun mehrere Rückzieher machen müssen, so wurde zum Beispiel das bereits verabschiedete Gesetzesdekret zur Schulreform auf Eis gelegt. Erste – auch wenn nicht ernsthafte – Gesprächsbereitschaft wurde bekundet. Die besetzten Schulen wurden nicht geräumt.

Am 12. Dezember haben die Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen, die Schüler_innen und Studierende werden natürlich wieder dabei sein. Sie sagen: »Wir machen so lange weiter, wie es nötig ist.«



*In ganz Italien gab es spontane Demonstrationen und Besetzungen an Universitäten und Schulen. Auch viele junge Schüler_innen haben sich engagiert und waren aktiv.
Foto: Elisa Moro, flickr.com*

» WERFT KEIN
TRÄNENGAS NACH
UNS, WIR WEINEN
SCHON. «

Zitat aus dem Brief der Freund_innen von Alexis Grigoropoulos zu seiner Beerdigung.

Zur Revolte in Griechenland

Nach dem Mord an dem 15jährigen Schüler Alexis erheben sich Studierende und SchülerInnen in ganz Griechenland. Sie antworten der Polizeigewalt mit Demonstrationen, Streiks und Barrikaden. Seit Dezember 2008 sind über 600 Schulen und Universitäten besetzt. Während in deutschen Medien brennende Autos und fliegende Steine aus jeder erdenklichen Perspektive gezeigt werden, geraten die Hintergründe der Revolte aus dem Blickfeld.

Text: Nadine Wothe



Athen im Dezember 2008: Ein Polizist verfolgt am Rande der Ausschreitungen einen jungen Schüler.
Foto: murplej@ne, flickr.com

Kürzungen, Privatisierungen und damit Bildungsabbau in staatlichen Einrichtungen, wie Schulen und Universitäten, sind seit Jahren Thema in Deutschland. Unter dem Deckmantel von Bildungsreform und Angleichungen an EU-Standards werden Studiengänge beendet, Bibliotheken geschlossen und die Zahl der Studienplätze gesenkt. Neben dem Abbau der staatlichen Einrichtungen wächst die Zahl der privaten Schulen. Oft sind Jugendliche gezwungen, private Institutionen zu besuchen, um bestimmte Ausbildungen zu erlernen, da die privaten Angebote teilweise auch die einzigen sind.

Klingt ganz nach deutschem Bildungsdilemma. Aber auch in Griechenland ist die Situation angespannt. Kleiner Unterschied zu Deutschland – der Protest. Auslöser war ein Mord: An einem Samstagabend, dem 6.12.2008 wurde der 15-jährige Schüler Alexis Grigoropoulos von einem Polizisten auf offener Straße in Athen erschossen. Noch in der gleichen Nacht begannen landesweit Demonstrationen und somit auch Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Griechischen Medienberichten zufolge hatte die Polizei am frühen Montagabend die Lage im Zentrum von Athen nicht mehr unter ihrer Kontrolle. Tausende DemonstrantInnen waren die dritte Nacht in Folge auf der Straße. Große Läden, Banken und andere kommerzielle Einrichtungen wurden angezündet und der Sachschaden lag zu der Zeit unbestätigten Angaben zufolge bereits bei mehr als 50 Millionen Euro.

In allen Städten kam es zu Aktionen. Am Montag beschlossen zehntausende Studierende und SchülerInnen nicht mehr in die Lehrinrichtungen und stattdessen auf die Straße zu gehen. Auf ihren Demonstrationen tönten Rufe wie »Bullen, Schweine, Mörder«. Sie liefen zu den ortsansässigen Polizeiwachen und griffen diese mit Stöcken und Steinen an. Der zuständige Minister beschloss daraufhin, ab Dienstag die Schulen und Universitäten geschlossen zu halten.

Am Dienstag, dem 9. Dezember befanden sich mehrere tausend Menschen auf dem Friedhof bei Athen zur Beisetzung von Alexis. Dabei kam es wieder zu Auseinandersetzungen zwischen ca. 150 SchülerInnen und der Polizei, die Gasgranaten in die Beisetzung-Gesellschaft schoss. Auch in anderen griechischen Städten gab es Proteste. Nach einer Demonstration von StudentInnen und SchülerInnen besetzten mehrere Hundert von ihnen in Patras (die drittgrößte Stadt Griechenlands) das Hauptquartier der Polizei und das Stadtzentrum. Am späten Abend versuchten sowohl Polizeieinheiten als auch Neonazis die BesetzerInnen anzugreifen.

Es wurden Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung laut. Am Mittwoch gab es einen Generalstreik aller Gewerkschaften, der schon seit längerem geplant war und nun mit den Ereignissen zusammenfiel. Auf einer Kundgebung in Athen anlässlich dieses Generalstreiks versammelten sich mehr als 10.000 Menschen. Der internationale Flughafen von Athen hatte seinen Betrieb eingestellt und Schulen, Universitäten und Krankenhäuser blieben geschlossen.

Die Demonstrationen und Ausschreitungen dauerten an und die Regierung zog die Möglichkeit eines Militäreinsatzes in Erwägung. Die Städte waren neblig vom Gas, das von der Polizei verschossen wurde, um die Demonstrationen auseinander zu treiben. Das von der griechischen Polizei benutzte Gas besteht aus einem Gemisch aus CS-Gas (Tränengas) und CN-Gas (löst ein Gefühl aus, als seien die Atemwege komplett verschlossen, was Panikreaktionen bei den Betroffenen zur Folge hat). Vor den Weihnachtsferien gab es mehr als 200 festgenommene und 70 verletzte Personen seit Beginn der Proteste. Kommerzielle Einkaufsmeilen sind vielerorts komplett geplündert, zerstört und angezündet worden. Die Straßen waren schlecht befahrbar, da viele Barrikaden die Wege versperren. Busse fielen aus und Geschäfte, die noch bestanden, schlossen die Rollläden, sobald Demonstrationen die Straße passierten. Eine Woche nach Ausbruch der Revolte waren bereits über 600 Schulen und Universitäten besetzt. Immer wieder wurden Rathäuser und Radio- und Fernsehsender besetzt und dann von dort aus live gesendet, um der Medienpropaganda entgegen zu wirken.

Wie aber konnte der Zorn über den Tod eines Mitschülers solch ein Ausmaß erreichen? Was trieb die Studierenden und SchülerInnen an, sich so massiv in Form von Besetzungen und Demonstrationen zu äußern?

Neoliberale Bildungsreformen – auch in Griechenland

Im Rahmen der Bildungsreform des Jahres 2000 (Gesetz N. 2525/97), wurde ein neuer Schultyp, das Lyzeum, eingeleitet. Das »Lycio« ist freiwillig und dauert 3 Jahre. Ziel dieser Reform war die Förderung des Allgemeinwissens der SchülerInnen sowie die Veränderung des Zulassungssystems für die Hochschulen. Die AbsolventInnen des Lyzeums erhalten das »Apolytirion«, das griechische Reifezeugnis, und können damit seit dem Jahre 2000 ohne Aufnahmeprüfungen einen Studienplatz an den Universitäten und Hochschulen des Landes bekommen. Die Pflichtdauer des Schulbesuches besteht somit aus sechs Jahren Grundschule und drei Jahren Gymnasio (Sekundarstufe I). Daran können dann weitere drei Jahre Lycio (Sekundarstufe II) angehängt werden, an die dann ein Studium folgen kann.

Auch die Lehrkräfte sind von den Kürzungen betroffen: Ein/e SekundarstufenlehrerIn verdient mit mehrjähriger Berufserfahrung durchschnittlich 700,- € pro Monat und ein/e SchuldirektorIn um die 1000,- €. Zudem hat die griechische Regierung eine Reihe von Reformen angeschoben,



Immer wieder kam es zu brutalen Übergriffen von Polizeieinheiten. Während eine Frau versucht, dazwischen zu gehen, prügelt ein Polizist auf einen unbewaffneten Demonstranten ein.

Foto: Sotiris Farmakidis, flickr.com

um die Universitäten zu modernisieren. Im Klartext heißt das: Privatisierung und kürzere Studiendauer. 2005 verabschiedete das griechische Parlament ein Gesetzespaket, zu dem unter anderem die Einführung eines zweistufigen Studienabschlusses gehört, welcher nach drei Jahren das Diplom und in weiteren zwei Jahren die Spezialisierung vorsieht sowie die Festlegung einer maximalen Studiendauer. Auch werden erstmals private Universitäten zugelassen und die Lehrmittelfreiheit soll noch weiter eingeschränkt werden. Alles Änderungen, die der Angleichung aller EU-Mitgliedsstaaten dienen sollen. Darüber hinaus fehlt Geld für Bücher und Mensen und Studierendenwohnheime sollen privatisiert betrieben werden. Initiativen von Studierenden engagieren sich für kostenloses Mensaessen, wobei Besetzungen der Mensen und kostenlose Essenausgaben gängige Aktionsformen sind.

Soziale Unterschiede in den Lebensbedingungen und Existenzmöglichkeiten werden bei diesen Modernisierungsreformen nicht berücksichtigt. Die Begrenzung auf eine Maximalstudienzeit nimmt finanziell schlechter ausgestatteten Studierenden die Möglichkeit, durch Nebenjobs das Studium zu finanzieren. Reiche Eltern oder ein eigenes Vermögen bieten somit die einzige Möglichkeit, das Studium in vorgeschriebener Zeit zu absolvieren, denn ein Sozialsystem für Zuzahlungen zur Krankenversicherung oder BAföG-Unterstützung gibt es in Griechenland nicht. Auch das muss von den Studierenden selbst finanziert werden - neben Studiengebühren, Wohnung und Büchern.

Zahlreich waren daher die Protestaktionen der Studierenden im Lauf der letzten Jahre: Die Reformen sind wirtschaftsorientiert und haben nichts mit Verbesserung der Bildung zu tun. Universitäten müssen in öffentlicher Hand bleiben und kostenlos sein, damit jeder die gleiche Chance bekommt.

Seit 2006 sind ProfessorInnen und Studierende in Griechenland im Dauerstreik. Die Proteste richteten sich gegen die geplanten Änderungen der Hochschulgesetzgebung.

Obwohl im Artikel 16 der griechischen Verfassung der Staat als Alleinverantwortlicher für allgemeine und kostenfreie Bildung benannt ist, werden im Zuge der Reformen zunehmend private Hochschulen zugelassen und ihre Abschlüsse den staatlichen gleichgestellt werden.

Die aktuellen Ausschreitungen sind also nur in einer Reihe mit den vorangegangenen Protesten zu verstehen. Auch wenn das internationale Medieninteresse nach einem kurzen Aufwind wieder nachgelassen hat, ist die Situation in Griechenland weiter aufgeheizt. Die Empörung über die mangelnden Angaben zu den Untersuchungen über den Tod des jungen Schülers steigern die Unzufriedenheit der Bevölkerung. In einer Umfrage der Tageszeitung »Kathimerini« bezeichnete die Mehrheit der befragten Griechen und Griechinnen die Proteste als »Volksaufstand«. Die Ausschreitungen werden als die größten seit der Niederschlagung der Militärdiktatur 1974 benannt.

Trotz allem schreiten die vermeintlichen Bildungsmodernisierungen voran und somit gehen die Proteste weiter. vielerorts gibt es Aktionen von Studierenden gegen die Reformen. Es ist noch nicht vorbei.



Foto: murplej@ne, flickr.com

Agnes-Laura Kasepidou (Schülerin):

Gemäß dem griechischen Schulsystem finden ab der siebten Klasse am Ende jedes Schuljahres zentrale Prüfungen statt, in denen der behandelte Stoff des ganzen Jahres abgefragt wird. Diese Prüfungen werden in jeder Schule abgelegt und sie sind Pflicht um einen anerkannten Schulabschluss zu bekommen. Der Erfolg dieser Prüfungen sicherte jedoch nicht den Zugang zur Universität. Um dort aufgenommen zu werden, mussten erneut Prüfungen, die sogenannten »Panhellenischen« abgelegt werden, welche außerhalb der Schule stattfanden. Diese Prüfungsklausuren wurden von einem Zentralprüfungsausschuss korrigiert. Fast alle Schüler besuchten parallel zum Schulunterricht zusätzlichen privaten Unterricht, an den überall in Griechenland verbreitete »Frontistirien«. Das heißt, dass die Schüler nachmittags nach dem regulären Unterricht weiteren Nachhilfeunterricht besuchen. Dies war sehr anstrengend und zeitaufwendig für die Schüler, da sie oft noch bis zu fünf Stunden in den »Frontistirien« verbrachten. Diese Tatsache hat sich auch aufgrund des neuen Schulsystems nicht geändert. Der private Unterricht hat sich sogar noch mehr verbreitet, weil sich mit dem neuen System die zentralen Prüfungsfächer vermehrt haben. (...)

Quelle: www.dst.gr/deutsch/ereignis_jugendschreibt1

Melina Giannis (Schülerin):

6 Jahre Grundschule, dann noch 6 Jahre Gymnasium. Ein Riesennachteil des griechischen Schulsystems ist, dass hier noch viel mehr Frontalunterricht gemacht wird. Auf Diskussionen und mündliche Beiträge wird nicht viel Wert gelegt. Die Hausaufgaben bestehen vor allem im Auswendiglernen irgendwelcher Texte, die dauernd abgefragt werden. Allein schon mit den Hausaufgaben kann man also sehr viel Zeit verplempern, dazu kommt aber noch die Tatsache, dass 95% der Schüler nachmittags zur »Nachhilfe« gehen, auch wenn sie gute Noten haben. Dort lernen sie entweder neue Sprachen, vertiefen den erlernten Stoff oder lernen das, was da noch kommen wird, um dann glänzen zu können. Das alles geht von den Eltern aus, und es ist, mit zwei Worten beschrieben, ein Scheiß-System!

Quelle: www.kretaforum.eu/archive/index.php/t-513

Polizeieinsätze mit bitterem Beigeschmack: Zur Geschichte der universitären Schutzzone in Griechenland

Einzigartig in seiner Art, verbietet ein Gesetz in Griechenland der Polizei den Campus zu betreten. Außer im Fall von schweren Straftaten, die vom Campus ausgehen, ist der polizeiliche Zutritt zum Universitätsgelände rein rechtlich nicht gestattet. Seit 1973 ist dies nur zweimal passiert: Anfang der 80er und Anfang der 90er Jahre. Zu Beginn der 80er waren die Unruhen der Grund für die Stürmung, die ausgelöst wurden, weil Polizisten einen 15-jährigen erschossen – wie am 6.12.2008. Allerdings wird oft Zivilpolizei auf dem Campus gesehen, die sich ein Bild der Lage machen will. Das Gesetz, durch das seit mehr als dreißig Jahren Universitätsgebäude und Studierendenheime als Schutzzone/Asyl -sprich polizeifreier Raum- gelten, geht auf die Ereignisse vom Ende der Militärdiktatur zurück.

Im November 1973 entglitt der Militärregierung die Kontrolle und die Polizei griff an. DemonstrantInnen setzten sich gegen die prügelnden Polizeieinheiten zur Wehr und schon bald lieferten sich Zehntausende Straßenschlachten mit der Polizei. Am Abend des 16.11.1973 wurden Panzerfahrzeuge mit Tränengas eingesetzt. Als DemonstrantInnen das Ministerium für öffentliche Ordnung besetzten, wurden die ersten Protestierenden getötet. Im Zentrum von Athen entstanden Barrikaden aus umgestürzten Autos. Die Polizei schoss nun gezielt auf Köpfe und Oberkörper der DemonstrantInnen. Die aus verschiedenen Richtungen kommenden Panzer überrollten die mit Menschen besetzten Barrikaden und Soldaten schossen mit Maschinengewehren in die Menge.

In der Nacht zum 17. November 1973 griffen die Panzer das Polytechnion, die Technische Universität Athens, an. Um drei Uhr früh, nachdem die städtische Beleuchtung ausgeschaltet worden war, drückte ein Panzer das schwere Eisentor des Gebäudes ein und zerquetschte dabei mehrere BesetzerInnen. Beim Kampf um das Uni-Gebäude wurden nach offiziellen Angaben mindestens 34 DemonstrantInnen getötet, halboffiziell wurden 80 Tote eingeräumt. Weitere Schätzungen von Beteiligten gehen von 200 Toten, 800 Verletzten und zwischen 1000 und 2000 Inhaftierten, die in die Foltergefängnisse der Asfalia (Staatsschutz) gebracht wurden.

Das Land wurde unter Kriegsrecht gestellt und der Widerstand war endgültig gebrochen. Die Universitäten blieben auf unbestimmte Zeit geschlossen und viele Studierende gingen aus Angst vor Verhaftungen in den Untergrund.¹ 1974, ein Jahr nach dem Studierendenaufstand wurde die Militärdiktatur dann gestürzt. Das zerstörte Metalltor von 1973 liegt als Mahnung bis heute hinter dem neuen Zaun der Polytechnion Universität in Athen.

Die Entscheidung, ob das Universitätsgelände gestürmt wird oder nicht, ist zumeist eine rein politische. Aufgrund der historischen Ereignisse hat eine Stürmung auch immer den Beigeschmack von 1973. Dadurch könnten sich SozialistInnen, KommunistInnen und Gewerkschaften schnell mit den Studierenden solidarisieren und so größeren Unmut in der Bevölkerung entfachen, dem die Polizei ohne militärische Hilfe quantitativ nicht gewachsen wäre.

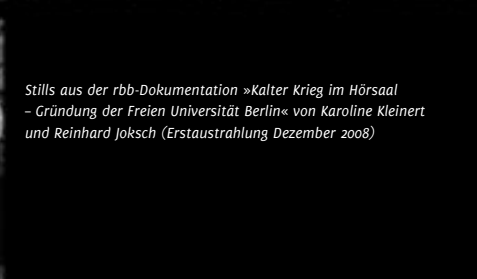
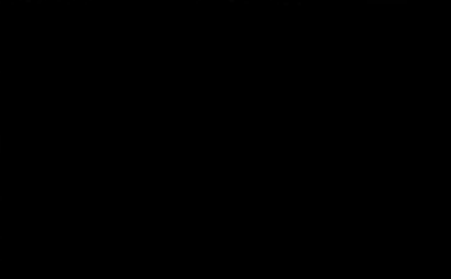
Gleichzeitig haben ProfessorInnen in Griechenland, anders als in Deutschland, ein Streikrecht. Die Polizei kann nur auf einstimmigen Beschluss eines dreiköpfigen Gremiums, in dem neben einem/einer HochschullehrerIn und dem/der LeiterIn der Hochschule auch ein/e StudierendeR vertreten ist, das Universitätsgelände betreten.

Aus besetzten Hochschulen heraus werden zahlreiche Veranstaltungen und Protestaktionen organisiert. Oft verteilen dann Gruppen von Studierenden vor den Hochschulen Flugblätter an PassantInnen. Besetzungen von Universitätsgebäuden haben somit eine geschichtlich historische Relevanz, um die Dringlichkeit von Anliegen zu unterstreichen.

¹ Revolution und Konterrevolution in Griechenland, Hrsg: Arbeitsgruppe Marxismus«, Wien 2005, S.388ff



*Nicht nur Bildungseinrichtungen, auch andere öffentliche Gebäude wurden im Laufe der Proteste besetzt.
Hier die Besetzung eines Stadtteilrathauses am Rande von Athen im Dezember 2008.
Foto: murplej@ne, flickr.com*



Stills aus der rbb-Dokumentation »Kalter Krieg im Hörsaal – Gründung der Freien Universität Berlin« von Karoline Kleinert und Reinhard Joksch (Erstaustrahlung Dezember 2008)

Der Kalte Krieg geht weiter

FU-Geschichtsklitterung im rbb

Text: Redaktionskollektiv »FU60: Gegendarstellungen«

Am 27. November 2008, genau eine Woche vor dem FU-Geburtstag, strahlte der RBB die Fernsehdokumentation »Kalter Krieg im Hörsaal« aus – werktags und zu später Stunde. Wer sie deshalb verpasst hat, muss sich nicht grämen, denn wie viele Dokumentationen unterliegt auch diese dem Zwang des Mediums« und schafft es nicht, die komplexen Entwicklungen von sechs Jahrzehnten aufzuzeigen.

Zwei Drittel der Sendezeit wurden der Gründungsgeschichte der Freien Universität eingeräumt: Die Stalinisierung der Berliner Universität Unter den Linden und des Bildungswesens in der Sowjetischen Besatzungszone wird notwendigerweise kritisiert, jedoch vorwiegend, um den Gründungsmythos der vermeintlich freien Gegen-Universität zu unterstreichen. Dafür nutzen die Filmemacher_innen das bekannte Bildmaterial vom Aufbau-»Abenteuer«, begleitet von den einvernehmlich emphatischen Erinnerungen der Zeitzeug_innen, die die Unterstützung durch die Amerikaner_innen bejubeln und sich selbst feiern.

Lediglich in der verbleibenden Viertelstunde werden im Schnelldurchlauf die restlichen fünf Jahrzehnte als fast bruchlose Erfolgsgeschichte abgehandelt. »1968« wird zwar kurz erwähnt, aber lediglich als Negativfolie und aus undifferenzierter Sicht der Zeitzeug_innen. Stanislaw Kubicki, einer der FU-Gründungsstudierenden, formulierte dabei quasi als Fazit: »Wir hatten eine Vision, die hatten eine Utopie«. Ein kritischer Blick auf die Freie Universität selbst findet sich an keiner Stelle der Dokumentation. Unter dem Titel »Gute 48er, böse 68er« resümiert das studentische Blog FU-Watch deshalb zu Recht:

Denn auf die demokratischen Defizite, die auch die neue FU nach ihrer Gründung aufwies und gegen die sich der Protest 67/68 auch richtete, gehen die Autoren nicht ein. Weder die Einschränkung der Redefreiheit an der FU (Kuby, Krippendorff, etc.) noch die Erfolge der Bewegung hinsichtlich von Mitbestimmungsrechten innerhalb der Universität werden thematisiert. Was bleibt ist das Bild des wirren 68ers, der dreist und verblendet all die Errungenschaften der 48er in Frage stellt.

Der Gipfel des Ganzen: Eine unreflektierte, rein positive Darstellung von Lenzens berüchtigtem »Freiheitsdenkmal« als Erinnerung an die in die SU verschleppten FU-Studierenden. Dass es um dieses Denkmal eine breite Kontroverse gab, dass sowohl das Denkmal als solches (die »Second-Hand«-Herkunft der Skulptur), seine Aufstellung (Lenzens fragwürdiger Alleingang als Musterbeispiel demokratischer Defizite an der FU in der Gegenwart) als auch der Hintergrund der geehrten Studierenden (der KGU-Verdacht) fraglich sind, bleibt dabei gänzlich unerwähnt.¹

Von einem »KGU-Verdacht« zu sprechen, wie FU-Watch es macht, ist hier noch sehr vorsichtig. In der Tat gehörten laut offiziellen Informationen der FU sämtliche zehn in die Sowjetunion verschleppten und dort ermordeten Studierenden der so genannten »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« an², die von westlichen Geheimdiensten finanziert wurde und einen rechten bis rechtsextremen Antikommunismus propagierte. Mindestens einer der zehn »Freiheitskämpfer« war NSDAP-Mitglied und das »Freiheitsdenkmal« selbst wurde ursprünglich als themenlose Bankenkunst für den Vorplatz des Hauptbahnhofs entworfen – es bekam seine Mahnmals-Funktion erst nachträglich von FU-Präsident Lenzen aufgedrückt.

Bei aller notwendigen Kritik am Stalinismus und dessen Gewaltexzessen - ohne diesen Kontext und ohne die geringste Bereitschaft, Fehlentwicklungen auch an der FU und in West-Berlin zu benennen, stellt die Dokumentation »Kalter Krieg im Hörsaal« eine ideologieverbrämte Manipulation dar. Er folgt damit der fatalen Geschichtspolitik der FU selbst³, die durch selektive Verdrängung und Idealisierung ein positives und vermarktbare FU-Image konstruieren möchte – zur Schaffung der Corporate Identity. Dabei ist jede Gegenstimme unerwünscht - etwa die Kritik der Studierenden an ehemaligen Nazis, die in den 40ern und 50ern auch an einer »Freien Universität« Professor_innen werden konnten. Auch dieser Sachverhalt wird in der RBB-Doku mit einem Nebensatz abgehandelt.

Kein Wunder, wurde die Sendung doch maßgeblich geprägt von Mitgliedern des FU-eigenen Forschungsverbundes SED-Staat, bekannt für seinen ideologischen Antikommunismus von rechtsaußen. Am Forschungsverbund arbeitete unter anderem der Ex-Linke Bernd Rabehl, der 1998 in einer Rede vor der Münchener Burschenschaft »Danubia« die Revolte von 1968 als »Nationale Revolution« umdeutete und vor einer Überfremdung Deutschlands warnte.

Sieghard Lönnendonker, ein weiterer nach rechts gewendeter Alt-68er, der in der Dokumentation reichlich zu Wort kommt, hat sich von Rabehls Rassismus niemals distanziert, sondern im Gegenteil gemeinsam mit ihm Bücher verfasst und an einer Umdeutung der FU-Geschichte und der 68er Revolte von rechts gearbeitet. Lönnendonker gründete seinerzeit das APO-Archiv und ist heute wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat. Er wird von den RBB-Filmemacher_innen als Fachmann für FU-Geschichte präsentiert.

Des Weiteren bestimmt Ursula Besser als Zeitzeugin wesentlich die inhaltliche Tendenz der Dokumentation. Besser war Mitbegründerin und Hochschulpolitikerin der Berliner CDU. Ab 1968 war sie aktiv in der »Notgemeinschaft für eine freie Universität« (kurz: NofU), eine reaktionäre Gegeninitiative zu den Demokratierungsprozessen, die seinerzeit an der Hochschule eingeleitet worden waren.⁴ Ursula Besser veröffentlichte u.a. Texte in der rechtsextremen Wochenzeitung »Junge Freiheit«.

Und noch ein weiterer NofU-Aktivist kommt in der Doku reichlich zu Wort: Stanislaw Kubicki, jener FU-Student mit Matrikelnummer 1, der das gegenwärtige Aushängeschild für identitätsstiftende Inszenierungen des Präsidiums und auch Protagonist des aktuellen Online-Werbefilmchens ist.⁵

Da auch alle anderen Zeitzeug_innen ohne ihren biographischen (und ideologischen) Kontext⁶ präsentiert werden und ohne jede Gegenrede bleiben, ergibt sich eben jenes einhellige Bild, dass die langsame, aber recht erfolgreiche FU-Geschichtskampagne produziert. Dass der RBB diesem Sumpf ein Forum ohne Gegenstimmen bietet, ist mehr als peinlich. Insbesondere angesichts der umfangreichen Diskussionen um das so genannte Freiheitsdenkmal in der Berliner Lokalpresse, aber auch an der FU selbst, kann man das Schweigen der Dokumentation über die hier aufgeworfenen unbequemen Fragen zur Geschichte und Gegenwart der Freien Universität nur als bewusste Auslassung in manipulativer Absicht werten – mit Journalismus hat das nicht viel zu tun. Deshalb sei noch einmal auf die »Gegendarstellungen« des AstA FU verwiesen, eine Veröffentlichung in der die Geschichte der FU und die Vergangenheitspolitik des Präsidiums einer kritischen Betrachtung unterzogen werden und die auch die Kapitel der FU-Geschichte beleuchtet, die sonst oftmals ausgeblendet werden.

1 fuwatch.wordpress.com/2008/11/28/gute-48er-bose-68er (12.12.2008)

2 www.fu-berlin.de/tour/campus/kunstwerk/kontext/biografien (12.12.2008)

3 Vgl. dazu ausführlich die aktuelle AstA-Publikation: fu 60 – gegendarstellungen.

4 Mehr zur NofU in: Informationsausschuss des Unimuts: FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde, Berlin 1989.

5 Vgl. www.fu-berlin.de/presse/videoarchiv. Ein polemischer Artikel zur Person Kubicki und seinen Filmauftritt findet sich auf: www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,593062,00 (17.12.2008)

6 Googeln lohnt sich: Ernst Benda, Werner und Egidius Niemz, Ekkehard Schumann, Dieter Großklaus, Hans Lindemann und zu guter letzt Günther Tembrock.



PolizistInnen schirmen am Tag der Immatrikulationsfeier den Henry-Ford-Bau ab. Im Hintergrund: die Eskorte des Bundespräsidenten.
Foto: Harald Herbich

Freiheit an der Freien Uni

Verschärfte Sicherheitsbedingungen bei der Immafeier 2008

Text: Björn Kietzmann

Der größte Hörsaal der FU war nur etwa zu zwei Dritteln gefüllt. Anders als in den letzten Jahren durften diesmal nur Studierende des ersten Semesters an der feierlichen Immatrikulationsveranstaltung teilnehmen. Zudem mussten alle Gäste eine polizeiliche Datenüberprüfung über sich ergehen lassen. Hintergrund des enormen Sicherheitsaufgebots war der Gastredner: Bundespräsident Köhler.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung kritisierte der AstA FU die massiven Sicherheitsvorkehrungen rund um die Immatrikulationsfeier. Zudem sei nicht einmal bekannt, was mit den gesammelten Daten geschehe und ob diese überhaupt wieder gelöscht werden. Kritik kam nicht nur von den Studierenden, auch Universitäts-Datenschutzbeauftragte Ingrid Pahlen-Brandt bereiteten die Vorgänge rund um die Veranstaltung Bauchschmerzen. Der »übertriebene Sicherheitswahn« bringe mehrere rechtlich bedenkliche Fehler mit sich.

Beim Bundespräsidialamt konnte man die Aufregung im Vorfeld nicht verstehen. Eine Sprecherin erklärte auf Anfrage, dass es sich um eine Standardprozedur handle. Bei jedem Auftritt des Bundespräsidenten werden alle VeranstaltungsteilnehmerInnen, durch das Bundeskriminalamt überprüft. Als Folge einer solchen Überprüfung könne auch der gezielte Ausschluss einzelner Gäste von der Veranstaltung nicht ausgeschlossen werden, zum Beispiel wenn diese vorbestraft seien. Es sei nicht davon auszugehen, dass das BKA gesammelten Daten über die Veranstaltung hinaus speichere.

In den vergangenen Jahren hat es an der FU mehrfach Studierendenproteste im Rahmen der Immatrikulationsfeier gegeben. So bekam der Ex-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie und Studiengebühren-Befürworter Hans-Olaf Henkel eine Torte ins Gesicht geschmissen als er 2001 an der Freien Universität die neuen Studierenden begrüßen wollte. Viel reden konnte Henkel damals nicht, da sein Redebeitrag in einem Pfeifkonzert protestierender Studierender unterging.

Letztes Jahr stand die Immatrikulationsfeier ganz im Zeichen der wenige Tage zuvor gewonnenen Auszeichnung der FU als sogenannte »Elite-Universität«. Der erste große öffentliche Auftritt von FU-Präsident Lenzen nach dem Bekanntwerden der Entscheidung versank allerdings im Chaos. Studierende protestierten so lautstark gegen Elitenbildung, dass vom präsidialen Redebeitrag kaum ein Wort zu verstehen war. Zu allem Überfluss wurden auch noch Stinkbomben gezündet. Sichtlich verärgert verließ Lenzen zuerst das



Redepult und anschließend den Saal. Zurück blieben einige Flugblätter mit der Aufschrift »Elite stinkt!«.

Dieses Mal wollte man wohl nichts dem Zufall überlassen, die Polizei war mit rund 15 Mannschaftswagen vor Ort. Der komplette Henry-Ford-Bau wurde in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt. Private Sicherheitskräfte standen mit Metalldetektoren am Hörsaalzugang und neben dem Redepult lungerten etwa ein Dutzend Zivilpolizisten.

Pünktlich um 10 Uhr betritt Köhler den Saal. Nach einem kurzen Posieren für die Kameras schreitet allerdings zuerst Uni-Präsident Dieter Lenzen ans Redepult. In seinem Redebeitrag würdigt Lenzen die »einzigartige Geschichte der Freien Universität«. Mit der Universitätsgründung am 4. Dezember 1948 habe sich die Hochschule bewusst in die Tradition der alten Berliner Universität aus dem Jahre 1810 gestellt und damit eine Alternative zur kommunistisch dominierten Universität Unter den Linden gebildet. Lautes Klopfen unterbricht seinen Redefluss. Einige Studierende haben es geschafft die Polizeiabsperrungen zu umgehen, klopfen nun ans Hörsaalfenster. Sie tragen ein Transparent auf dem sie freie Bildung fordern. Unbekümmert setzt Lenzen seine Rede fort: »Die Freie Universität ist die modernisierte Wiederauferstehung des Humboldt'schen Gedankens« – während hinter der Scheibe regelrechte Jagdszenen zwischen Polizei und Studierenden auf dem Campus ausbrechen.

Ein junger Mann wird festgenommen. Der 21-jährige habe ein Plakat vor dem Körper gehalten, welches kein Impressum trug, erklärt die Berliner Polizei. »Gegen ihn wurde eine Ordnungswidrigkeitenanzeige wegen Zuwiderhandlung gegen das Pressegesetz sowie eine Strafanzeige wegen des Verdachts des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte gefertigt«. Zu einer weiteren Festnahme sei es bereits bei der Ankunft des Bundespräsidenten gekommen. Ein 23-jähriger Student soll aus circa 20 Meter Entfernung beleidigende Worte in Richtung der Fahrzeugkolonne des Bundespräsidenten gerufen haben. Der Polizeiliche Staatsschutz hat nun die Ermittlungen wegen »Verunglimpfung des Bundespräsidenten« übernommen. Ein Vergehen, das laut dem Strafgesetzbuch mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet werden kann.

Auch Horst Köhler hält eine Lobrede auf die Freiheit, schließlich hätten die meisten Studierenden Freiheiten, die sie später nie wieder haben werden. Im hinteren Hörsaalbereich wird ein Transparent entrollt: »Studiengebühren? Bachelor/Master? Rettungsfonds für Banken? Machen wir uns nicht zum Horst! Die Krise heißt Kapitalismus!« Sicherheitskräfte schreiten zu den ProtestlerInnen – zerrn zaghaft am Transparent. Doch Köhler pfeift sie zurück: »Lassen sie ruhig!«. Einer der wenigen Momente, in denen im Rahmen der Veranstaltung Protest geduldet wurde.

Vor dem Gebäude haben sich etwa 70 Menschen versammelt. Sie halten aus Protest eine »Offene Immatrikulationsfeier« ab. Unter den Anwesenden ist auch Sarah Walz. Die 25-jährige Politikstudentin wollte ursprünglich ihre Freundin zur offiziellen Immatrikulationsfeier begleiten. Allerdings habe ihr das FU-Präsidium nach ihrer Anmeldung mitgeteilt, dass der Hörsaal bereits komplett überfüllt sei. Da sie als Mitglied im Akademischen Senat, dem FU-Präsidium bekannt ist, glaubt sie daran, dass ihr bewusst der Einlass verweigert wurde. »Es ist eine wirkliche Frechheit, wie sich unsere Universität mit Begriffen wie Freiheit schmückt und andererseits diese permanent einschränkt«, so Walz.

Kurze Zeit später entdeckt ein eingesetzter Polizeibeamter Sarah Walz in der Menschenmenge. »Ihnen hab ich doch eben einen Platzverweis erteilt«. Laut der Berliner Polizei habe Walz dem Polizisten daraufhin einen Tritt versetzt, was sie und auch andere Anwesende bestreiten. Es kommt zu Gerangel, die junge Studentin wird von zwei Polizisten in einen Polizeitransporter gezerrt. Die umstehenden etwa 15 Personen werden von der Polizei verdächtigt, sich einer versuchten Gefangenenbefreiung schuldig gemacht zu haben. Ermittlungsverfahren gegen unbekannt seien eingeleitet worden, so die Polizei.

Einige Stunden verbringt die Studentin in Polizeigewahrsam. »Ich wurde in eine Einzelzelle gesperrt. Meine Fingerabdrücke wurde genommen und Fotos wurden angefertigt«, schildert Walz die Geschehnisse. Wie der letzte Dreck sei sie behandelt worden, so habe man sie in der Gefangensammelstelle mit »Püppchen« angeredet, ein Telefonat sei ihr auch nicht gestattet worden.

Julius Wersig und Til Koswalve sind neu an der Uni und haben sich für einen Besuch der offiziellen Immatrikulationsfeier entschieden. Glücklicherweise über die polizeiliche Datenüberprüfung waren auch die beiden nicht. »Besonders unangenehm empfand ich, dass ich sogar meine Telefonnummer und Email-Adresse angeben musste«, empört sich Wersig. »Mich stört noch mehr, dass nur geladene Gäste dabei sein dürfen«, ergänzt Koswalve.

Ebenfalls vor den Kopf gestoßen fühlt sich der Pädagoge Horst Paul Kuhley. Der Erziehungswissenschaftler von der Universität Kassel war nach Berlin gekommen um die Immatrikulation seiner Tochter zu erleben. Doch nur diese erhielt Zutritt zum Hörsaal, »wir wurden mit der Videoübertragung abgespeist«, so Kuhley. Besonders gut gefallen hätten ihm die Reden von Köhler und Lenzen sowieso nicht. Der Redebeitrag des AstA hingegen schon. Dort sei anders als bei Lenzen »die Geschichte der FU sehr präzise wiedergegeben worden.

Rede des AStA zur Immatrikulationsfeier 2008

**DIE
UNIVERSITÄT
KANN NUR ALS
TEIL DER
GESELLSCHAFT
VERSTANDEN
WERDEN!**

Text: Sebastian Schneider

Freiheit, das war ein hehrer Anspruch, als 1948 hier in Dahlem einige wenige Studierende die FU gründeten. Sie kehrten der Stalinisierung der Lehre an der Humboldt Universität den Rücken und schworen auch der westdeutschen Ordinarienuniversität ab, die dem Nationalsozialismus nur in den wenigsten Fällen Widerstand geleistet hatte.

Wie frei die Universität heute tatsächlich ist, habt Ihr im Vorfeld dieser Veranstaltung anhand der Überprüfung Eurer Personalien bereits mitbekommen. Unter Generalverdacht gestellt, wurden wir von Bundeskriminalamt und Staatsschutz vorab durchleuchtet. Wie viele vermeintliche Terroristen draußen bleiben mussten, ist mir nicht bekannt.

Dass die FU heute ein erhebliches Problem mit bürgerlichen Freiheiten, besonders mit Datenschutz hat, zeigte sich schon im Jahr 2001. In der Terrorhysterie nach dem 11. September gab der damalige FU-Präsident ohne Gerichtsbeschluss die Daten ausländischer Studierender für eine Rasterfahndung heraus. Eine studentische Vollversammlung, die sich des Themas annahm, ließ er mit dem Polizeiknüppel räumen.

Stellvertretend für den ASTA fordere ich hiermit das Präsidium auf, allen Anwesenden und allen Abgewiesenen die Löschung Ihrer Daten sowohl an der FU als auch im Bundespräsidialamt zu bestätigen und stichhaltig zu belegen.

Ihr habt es schon öfter gehört: die FU nähert sich dem Rentenalter, sie wird 60. Das Präsidium vermarktet die letzten 60 Jahre in Broschüren, in Ausstellungen und Vorträgen als geradlinige Erfolgsstory zum heutigen Elite-Zenit. Das ist gefährlicher Unsinn. Stattdessen lässt sich vor allem eine Lehre aus der turbulenten Geschichte der FU ziehen: Die Universität ist kein neutraler Boden, auf dem ungeachtet der Restgesellschaft nüchtern Wissen produziert und gelehrt wird. Die Universität ist vielmehr Spiegelbild der sozialen und politischen Verhältnisse ihrer Zeit - mit denselben Widersprüchen und denselben Kämpfen.

Lasst mich das am Beispiel der drei großen Umbrüche an der FU verdeutlichen: 1948, 1968 und 1988.

1948

Als 1948 Studierende unterstützt von der amerikanischen Militärregierung mit der Gründung der Freien Universität begannen, verband sie eine Hoffnung: Fast zeitgleich zur jungen Bundesrepublik suchten sie einen demokratischen Neubeginn. Das bedeutete für sie vor allem: eine unabhängige, am Humboldt'schen Bildungsideal ausgerichtete Hochschule. Sie etablierten ein neues Universitätsmodell, in dem Studierende über maßgebliche Mitspracherechte in allen Angelegenheiten verfügten. Belange der Universität wurden so lange ausdiskutiert, bis die Beteiligten einen Konsens gefunden hatten.

Genau diese demokratischen Errungenschaften waren es, die für Argwohn sorgten. Als Kampf- und Reformuniversität verschrien, verweigerten die meisten westdeutschen Hochschulen der Freien Universität die Anerkennung. Sie erteilten sie erst, als sich die Verhältnisse nach Folgejahren schleichender Anpassung »normalisiert« hatten und Studierende an Entscheidungsprozessen nicht mehr nennenswert beteiligt waren. Auch an der FU hatten sich wie im Rest der Gesellschaft die konservativen und autoritären Verhältnisse schnell wieder hergestellt.

1968

20 Jahre später sollten genau diese autoritären Verhältnisse ein Mitgrund für den nächsten Umbruch sein. Im Vorfeld von 68, im Klima internationaler Studierendenproteste begann sich auch an der FU studentischer Protest gegen Altnazis an der Uni, gegen den Vietnamkrieg und gegen die kapitalistischen Verhältnisse zu regen. Mit der NS-Vergangenheit der Elterngeneration wurde ebenso abgerechnet wie mit den anachronistischen Zuständen der Ordinarienuiversität. An deren Stelle rückten Utopie und Praxis einer Kritischen Universität, die sich mit ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Folgen von Wissenschaft auseinandersetzen sollte. Ihr alle kennt wahrscheinlich die Bilder von Vollversammlungen, die in genau diesem Hörsaal stattgefunden haben, die Bilder von Sit-Ins, Demonstrationen, von Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke. Diese breiten Proteste führten mit den Reformen von 1969 zu einer Öffnung der Universitäten und zu einem Ausbau vieler wissenschaftlicher Einrichtungen. Die FU wurde redemokratisiert: Professor_innen, Studierende und Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen verfügten über gleiches Stimmrecht.

Dieser inneruniversitäre Erfolg der Proteste wurde bereits wenige Jahre später durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gekippt. Dieses skandalöse Urteil besagt, dass nur Professor_innen dazu in der Lage seien, die Freiheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten. Deshalb stellen sie bis heute die absolute Mehrheit in allen Gremien, was die Hochschuldemokratie, diese Utopie der Gründungsstudierenden, zur reinen Farce werden ließ. Die demokratischen und sozialen Reformen, die im Gefolge von 68 begonnen wurden, erstarrten an der Universität wie auch allgemein in der Gesellschaft.

1988

Wieder 20 Jahre später, wieder ein großer Streik. Westberlin war voll mit Wehrdienstverweigerern. Der einzige Ort in der BRD, wo sie sich dem Zugriff des Militärs auf das eigene Leben entziehen konnten. Der Senat hob die Mietpreisbindung auf und in Westberlin schnellten die Kosten für Wohnraum in die Höhe. Während unzählige Häuser leerstanden, weil Eigentümer darauf hofften, bald noch höhere Mieten verlangen zu können, griff Wohnungsnot um sich. Hunderte von Häusern wurden besetzt. An der FU schlofen Studierende in Wohncontainern und Seminarräumen. Diese unmittelbare Nähe zur Universität führte dazu, dass die Studierenden sie wieder als sozialen Raum begriffen und sich den Ursachen widmeten, die ein freies und selbstbestimmtes Studium unmöglich machten. Im Winter 1988 war fast die gesamte FU von Studierenden besetzt. Sie etablierten ein Rätssystem und entwickelten ein eigenes Konzept von Universität, die »b*freie Universität«, dessen Praxis sie in alternativen Lehrveranstaltungen erprobten.

Im folgenden Sommersemester ließ der Präsident die Studierenden von der Polizei räumen. Eine Sache blieb: studentische Seminare, sogenannte Projektutorien, selbstorganisiert, mit selbstgewählten, kritischen Inhalten. Diese erhielten finanzielle Unterstützung von der Uni und waren lange Zeit eine feste Größe in Berlin. Bis die Finanzierung wieder gestrichen wurde. Aus dieser Zeit stammen auch viele der studentischen Cafés, die bis heute Freiräume im straff durchorganisierten Universitätsalltag bilden.

Ihr seht: Die Geschichte der FU lief parallel zu oder diametral gegen oder kreuz und quer durch, auf jeden Fall immer in Bezug auf allgemeine gesellschaftliche Prozesse. Die Universität kann nur als Teil der Gesellschaft verstanden werden.

Bachelor/Master-System, Studiengebühren und die Exzellenzinitiative

Wir müssen also auch die Hochschulreformen der letzten Jahre im Licht des Zeitgeists sehen. Die Einführung des Bachelor/Master-Systems, die Einführung von Studiengebühren und die Exzellenzinitiative vollzogen die radikalste Umstrukturierung der Hochschulen seit den 60ern. Alle drei wurden autoritär durchgeführt: Sie entstanden nicht aus der Bevölkerung sondern auf dem Reißbrett von Eliten. Alle drei ersetzen ein Gleichbehandlungsprinzip durch Wettbewerbslogik. Alle drei erzwingen die Anpassung von Wissenschaft und Lehre an den Markt.

Die Folgen dieser neoliberalen Reformen sind dieselben wie in der restlichen Gesellschaft: die Stärkung von Eliten und damit die Zunahme von Ungleichheit. Die Zunahme von Unfreiheit durch Leistungsdruck - durch Zwang, im Wettbewerb bestehen zu müssen: sei es auf dem Arbeitsmarkt im Kampf um Arbeit und Lohn, sei es als Bachelor-Studi im Kampf um einen der wenigen Master-Plätze.

Schließlich: die Entsolidarisierung. Wer im Wettbewerb zueinander steht, versucht sich auszustechen, nicht sich auszuhelfen. Ungleich, unfrei und entsolidarisiert. Wie sich dieses Credo der Neoliberalen auswirkt, führt uns die Finanzkrise täglich vor Augen. Zwei markante Vertreter der neoliberalen Ideologie sitzen mit dem Bundespräsidenten und dem FU-Präsidenten heute hier.

Der heutige Gastredner, Horst Köhler, war während der Wende Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und dort mitverantwortlich für die Verramschung von DDR-Betrieben mit den bekannten desaströsen Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft. In seiner späteren Amtszeit als Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds war er mitverantwortlich für sog. Strukturanpassungsprogramme, die unter anderem in Argentinien eine Wirtschaftskrise mit massiver Verelendung der Bevölkerung zur Folge hatte.

Dieter Lenzen ist ein sog. Botschafter des neoliberalen Think Tanks »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«. Die Initiative betreibt klassischen Arbeitgeberlobbyismus: Lockerung des Kündigungsschutzes, Studiengebühren, Kürzung staatlicher Sozialausgaben. Dieter Lenzen bringt auch Studien heraus, »Bildung neu denken« heißt eine von ihnen. Darin empfiehlt er, schon 4-jährige von Kinderärzten und Psychologen nach ihrer Leistungsfähigkeit sortieren zu lassen.

Als Kontrast zu den heutigen Zuständen an der FU möchte ich ein Zitat des Mitgründers Klaus Heinrich bemühen, das Ihr auch im Magazin »60 Jahre FU« des AStA nachlesen könnt: »Der Pioniergeist der Gründung sollte politisch befestigt werden. Die Verfassung, die die junge Universität sich gab, [...] drückte einen politischen Willen aus. Sie beschwor – Vorgriff auf eine utopische Gesellschaft im Modell der Universitätsdemokratie – das Bild einer Gemeinschaft ohne Zwang.«
Liebe Studienanfängerinnen und Studienanfänger, liebe Gäste. Ich denke, es ist Zeit für einen neuen Aufbruch. Studentischer Protest ist nicht unnütz. Der Streik 2003/2004 verhinderte zumindest in Berlin die Einführung von Studiengebühren. Nutzt die noch vorhandenen Freiheiten an der Universität: in den studentischen Cafés, in selbstorganisierten Seminaren und Lesekreisen. Schafft Euch Freiheiten und Freiräume, nehmt die Uni selbst in die Hand, es waren Studierende wie Ihr, die sie gründeten.

Nehmt Euch die Zeit, die Ihr braucht. Über Büchern, deren Inhalt Ihr nicht nur wiedergeben sondern auch verstehen wollt. Beim Feiern, damit es nicht langweilig wird, und im Studium, das auch einfach mal fünf Semester länger dauern kann. In diesem Sinne: einen schönen Start ins erste Semester.

BERLIN STATT GREIFSWALD

Gericht bestätigt das Recht auf freie Studienplatzwahl

Text: Hochschulreferat des AstA FU

»Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.« (Artikel 12(1), GG) So steht es im Grundgesetz. Abgesehen von vielen Hürden für die im Grundgesetz nicht erwähnten ausländischen Studierenden, wird es durch immer höhere NCs StudienbewerberInnen unmöglich gemacht, dort zu studieren, wo sie wollen und ihr Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte wahrzunehmen. Allerdings dürfen die Hochschulen nicht einfach nach Gutdünken ihre NCs und Aufnahmezahlen festsetzen. Sie sind gesetzlich verpflichtet, ihre Lehrkapazitäten voll auszuschöpfen. Dies bestätigte nun das Landesverfassungsgericht Berlin in einer vom AstA FU unterstützten Musterklage.

Aufgrund des Rechts auf freie Wahl der Ausbildungsstätte ist es möglich, sich auf einen Studienplatz »einzuklagen«. Das bedeutet, durch ein Urteil des zuständigen Verwaltungsgerichtes zu erwirken, dass die Kapazitäten der jeweiligen Universität nochmal überprüft werden und gegebenenfalls die so noch »entdeckten« Studienplätze vergeben werden. Zwar sind dies oft »virtuelle« Studienplätze, weil die entsprechenden Fächer real dennoch überfüllt sind. Zudem scheiterten in den letzten Jahren immer mehr Klagen, weil die Universitäten zunehmend weniger zu Vergleichen bereit waren. Dennoch ist das »Einklagen« auch heute noch für viele die einzige Möglichkeit, ihr Wunschstudium anzutreten.

Im März diesen Jahres wurde nun auf Antrag der FU Berlin eine solche Studienplatzklage abgelehnt. Begründung war, den gewünschten Studiengang könne man ebensogut an mehreren anderen Universitäten studieren, die angeblich vergleichbare Studiengänge zulassungsfrei anbieten würden. An der HU, die durch die selbe Anwaltskanzlei vertreten wird, gab es ebensolche Fälle. »Gehen sie doch nach Greifswald«, so lautet verkürzt die Aussage der Anwälte. Denn in Greifswald war das beklagte Fach NC-frei. Eine tatsächliche Prüfung, ob an der FU im beklagten Fach noch »außerhalb der festgesetzten Kapazitäten« zusätzliche Studienplätze frei waren, unternahm das Verwaltungsgericht gar nicht erst.

Damit war ein Präzedenzfall geschaffen, der die ganze Konstruktion des Einklagens infrage stellte. Denn wenn die Universitäten gar nicht mehr überprüfen müssen, ob noch Zusatzkapazitäten da sind, sondern Klagen pauschal abweisen können, würden sie natürlich in Zukunft massenhaft davon Gebrauch machen. Ein Einklagen wäre nur noch in Fächern möglich, die nirgendwo NC-frei angeboten werden. Zudem bestünde die Gefahr, dass andere Universitäten die Begründung der FU übernehmen – bundesweit wären damit Studienplatzklagen kaum noch möglich gewesen.

Die von der FU vertretene Pauschablehnung ist jedoch illegal, so entschied das Berliner Landesverfassungsgericht nun in einem Urteil mit dem Aktenzeichen VerFGH 81/08, 81 A/08. Die Argumentation der FU widerspricht dem Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte. Dieses Recht darf nur dann eingeschränkt werden, wenn freie Kapazitäten einfach nicht mehr vorhanden sind. Dazu müssen die Kapazitäten jedoch erst einmal überprüft werden. Dies geschieht durch ein sogenanntes Eilverfahren, das KlägerInnen zusätzlich zur eigentlichen Studienplatzklage einreichen. Hier haben nun alle KlägerInnen das Recht auf eine Überprüfung der Kapazitäten, und zwar an der beklagten Universität. Ein pauschaler Verweis auf andere, weniger überfüllte Universitäten ist nicht rechtmäßig.

Die Behauptung das »im Kern gleiche« Studiengänge an anderen Universitäten angeboten würden, erscheint auch an sich zweifelhaft. Andere Profs, andere Schwerpunkte in Lehre und Forschung, ein anderer Aufbau des Studiums, eine andere Universitätsstruktur ... Und wird nicht ständig über »Profilbildung von Universitätsstandorten« gesprochen? Gäbe es keine realen Unterschiede zwischen den Universitäten, würde das alles keinen Sinn machen. Paradox ist auch, dass gerade die FU, die sich in der Öffentlichkeit gerne als einzigartige Elite-Hochschule präsentiert, vor Gericht ernsthaft behauptet, überall anders studiere es sich doch eigentlich ebenso gut.

Die Argumentation, die die FU bemühte, schließt an eine Rechtskonstruktion an, mit der bisher HochschulwechslerInnen eine Klage auf Uniwechsel verwehrt wurde. Da sie ihr Recht auf freie Wahl der



Wiesen bei Greifswald

Gemälde von Caspar David Friedrich (1820)
Copyright: Zenodot Verlagsgesellschaft mbH

Ausbildungsstätte bereits an einer Universität wahrnehmen, sei es nicht zulässig, dass sie dieses Recht an einem anderen Ort nun einklagen, selbst wenn dort freie Kapazitäten vorhanden sind.

Dies gilt jedoch nicht für StudienanfängerInnen. Sie können sich nach dem jüngsten Urteil weiterhin überall einklagen. Die FU, so das Gericht, dürfe sich nicht »der Verpflichtung entziehen, Studierende bis zur vollen Ausschöpfung ihrer -mit öffentlichen Mitteln geschaffenen- Kapazitäten aufzunehmen«.

Die Tatsache, dass bis zu einer gerichtlichen Überprüfung vorläufig ein Studienplatz gewährleistet werden muss, und dass diese Überprüfung sich häufig über längere Zeit ziehen kann, veranlasste die Freie Universität in einer Stellungnahme zu äußern, sie »befürchtet, dass künftig abgelehnte Studienbewerber »in Scharen« versuchen, ohne Zulassung zu studieren in der Hoffnung, in einem späteren Urteil zu einer »Legalisierung« zu kommen«. Doch auch dieses Argument, so das Gericht, rechtfertige nicht, die Kapazitätsprüfung einfach abzuschaffen.

Um dieses Urteil zu erreichen, war ein Gang durch alle Instanzen notwendig. Bereits vor dem Oberverwaltungsgericht hatte der AstA FU die betroffene Studentin finanziell unterstützt, jedoch ohne Erfolg. Erst die von AstA FU, Refrat HU und Gewerkschaften unterstützte Verfassungsbeschwerde hatte letztlich Erfolg.

Damit ist nun höchstinstanzlich festgestellt, dass ein Einklagen an den Berliner Universitäten weiterhin machbar ist. Das ist durchaus als Sieg gegen die weitere Einschränkung des Zugangs auf Bildung zu werten. Dennoch lässt sich das politische Problem unterfinanzierter Universitäten nicht juristisch lösen. Wenn an den Unis immer weiter gespart und gekürzt wird, wird es den Hochschulen zunehmend leichter fallen, auch mit einer ordnungsgemäßen Kapazitätsprüfung Studienplatzklagen abzuweisen. Zudem sind diese Klagen mit einem erheblichen Kostenrisiko verbunden. Eine verlorene Klage kann selbst ohne eigenen Anwalt bis zu 1300,- Euro kosten, und Prozesskostenhilfe gibt es in der Regel nicht.

Es bleibt also weiterhin notwendig, politisch für das Recht auf Bildung und eine angemessene Finanzierung der Hochschulen zu kämpfen.

Sie sind pünktlich.
Sie sind fleißig.
Sie haben ihre Texte gelesen.

Sie sind vorbereitet.
Sie sind motiviert.
Sie arbeiten mit.

Die idealen Studierenden

GasthörerInnen an der FU

Text: Uri Hart

Ja! Es gibt sie wirklich! Die idealen, vorbildlichen Studierenden. An der FU! Im Hier und im Jetzt. Die DozentInnen sind voll des Lobes über sie und ihre Blicke verklären sich, wenn sie nur an sie denken. Ja, selbst die eigenen KommilitonInnen schwärmen: »Wenn alle Studierenden so wenig quatschen würden und so intelligente Fragen stellen würden, wäre manches Seminar und manche Vorlesung besser«, so Annegret Oehme, die gerade ihren Bachelor in Judaistik abgelegt hat. Leider ist nicht von uns, den regulären Studierenden, die Rede – es sind die GasthörerInnen, denen diese ehrenden Worte gelten.

»Unser«, gerade von der Financial Times Deutschland und vom Centrum für Hochschulentwicklung zum »Hochschulmanager des Jahres“ gekürte Präsident, Professor Dr. Dieter Lenzen, (Anmerkung der Verfasserin: Wann verleiht er sich endlich selbst als Spitzenkandidat den »Cäsarenwahn- und Sich-Selbst-Gerne-Reden-Hören-Preis«?) freut sich, dass die »Liebe[n] Gasthörerinnen« und »liebe[n] Gasthörer ihre Weiterbildung der Freien Universität Berlin anvertrauen« und sie ein »Vorbild für alle sind, die noch lernen«¹. Ja, ja ... Vorwiegend sitzen sie in Vorlesungen und Seminaren der Judaistik, Evangelischen Theologie (doch, die gibt es noch ... noch!), Orientalistik, Geschichte sowie Kultur- und Sozialwissenschaften. GasthörerInnen sind nicht immatrikuliert, sondern in der Regel über das GasthörerCard-Programm der FU registriert. Sie können im Rahmen dieses Programms zwischen verschiedenen Lehrveranstaltungen wählen. Die Zustimmung der DozentInnen liegt dabei bereits vor. Bei anderen Vorlesungen und Seminaren benötigen sie die Einwilligung der Lehrenden. Ergänzt wird das Angebot durch Fremdsprachen- und Datenverarbeitungskurse der ZEDAT. 25 Kultureinrichtungen aus der Berliner Kunst-, Musik- und Theaterszene kooperieren mit der FU. Diese, und sogar

der nicht mehr ganz so herzallersüßeste Knuti-Bär, können bei Vorlage der GasthörerCard mit ermäßigtem Eintrittspreis besucht, respektive besichtigt werden. Selbstverständlich kann der/die etwa 60- bis 80-jährige GasthörerIn auch die Angebote des Hochschulsport, wie Breakdance oder Schnorcheltauchen wahrnehmen. Im Rahmen der »Weiterbildenden Studien« mit den Schwerpunktfächern Ostasien, Vorderer Orient und Alte Geschichte besteht die Möglichkeit, ein Zertifikat zu erwerben. Im fünfsemestrigen interdisziplinären Zertifikatsprogramm »Religionen im Dialog«, das gemeinsam vom Institut für Vergleichende Ethik und dem Weiterbildungszentrum der FU angeboten wird, sind besonders viele GasthörerInnen anzutreffen. Die meisten von ihnen lernen jedoch »nur« aus Leidenschaft am Lernen. Sie brauchen keine Klausuren schreiben und keine mündlichen Prüfungen ablegen.

Obwohl – einige von ihnen absolvieren FREIWILLIG eine Prüfung. Was heißt eine?! Mehrere! Ein ehemaliger Beamter, zog vier semitische Sprachkurse jeweils bis zur Abschlussprüfung bzw. -semester durch. Natürlich mit guten Noten! Den umgekehrten Weg wählte eine ehemalige Postbotin. Sie besuchte in mehreren Jahren nach der Briefzustellung als GasthörerIn Seminare und ärgerte sich, dass sie ohne Abitur »nicht richtig mit Abschluss studieren« konnte. Mittlerweile hat sie auf dem Zweiten Bildungsweg das Abitur nachgeholt, studiert »richtig«, gibt Tutorien und hat das Angebot im Sommersemester 2009 als »Co-Teacher« auch GasthörerInnen zu unterrichten.

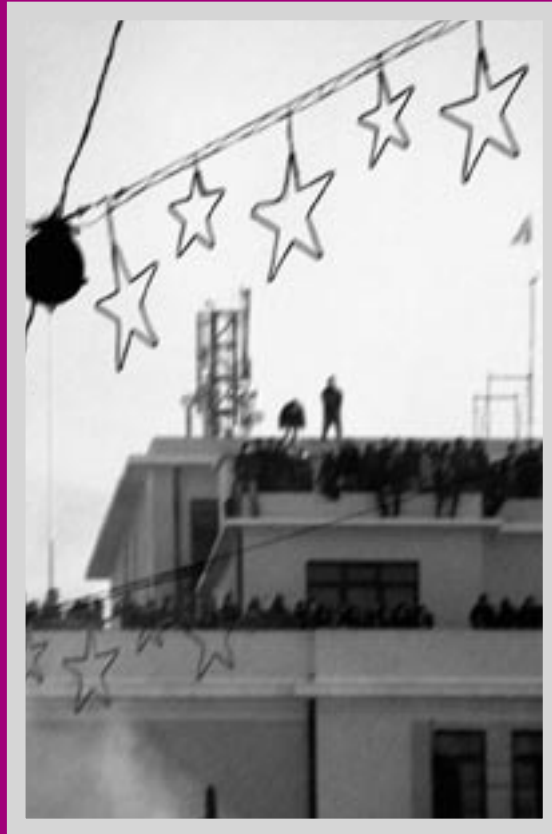
Religion/Theologie scheint eines der Lieblingsstudiengebiete von GasthörerInnen zu sein. So kämpften bei der Vorlesung »Die Bibel – gelesen und interpretiert« etwa sieben Studierende und 40 (!) GasthörerInnen um einen der 20 Sitzplätze im Seminarraum. Da stellt sich wirklich die Frage: Wer hat das Vorrecht zu sitzen? Der/die ältere GasthörerIn, der/dem aus Höflichkeit der Stuhl überlassen wird oder der/die junge StudentIn? Wer steht draußen vor der Tür und versteht (jetzt wörtlich) kein Wort? Wer ist eine halbe Stunde vor Vorlesungsbeginn da und lehnt sich gemütlich im Stuhl zurück? Kommen die einen zum Vergnügen, müssen die anderen eine Klausur schreiben. Wer erwischt ein Handout, wenn nicht genügend kopiert sind? GasthörerIn oder StudentIn?

In der Informationsbroschüre zur GasthörerInnenschaft werden sie »darum gebeten, sich zugunsten des Wissenserwerbs der Studierenden im Hintergrund zu halten«². Es lässt sich aber nicht leugnen, dass sie Diskussionen anregen. »Sie punkten mit erlebtem Wissen und vertreten andere Sichtweisen aufgrund anderer moralisch, pädagogisch und gesellschaftlicher Einflüsse. Der Austausch mit jungen Mitstudierenden« scheint die »gegenseitige Akzeptanz« zu erhöhen. Störend hingegen wirken »Diskussionen mit dem Seminarleiter auf der Na-mein-Junge-Augenhöhe und ... chronische Bronchitis.« erzählt eine Studentin der Judaistik.

»Manche nerven allerdings mit Fragen und Kommentaren, die kein Hochschul- sondern Bildzeitungsniveau haben.« So wurde tatsächlich in einem Fremdsprachenkurs die Frage gestellt, ob die betreffende Sprache auch mündlich abgeprüft werde, berichtet ein Dozent. Andererseits »getrauen sich GasthörerInnen Fragen zu stellen, die ein StudentIn gerne stellen möchte, sich aber nicht traut.« Interessanterweise konnte trotz wiederholtem Nachfragen niemand ein konkretes Beispiel geben. Pluspunkte sammeln sie dann aber wieder mit »ihrer großen Hilfsbereitschaft, wenn sie Kulis, Taschentücher und Papier ausleihen. Studierende müssen nun einmal Leistungsnachweise erwerben. Halten sie sich die GasthörerInnen nicht daran, wird selbst der/die netteste, vorbildlichste, höflichste, hilfsbereiteste GasthörerIn ein/e GaststörerIn.

Fazit: GasthörerInnen sind fast immer eine Bereicherung in den Veranstaltungen, wenn sie nicht zu verbissen auf ihren Standpunkt beharren. Ihre fürsorgliche Art wird ebenso geschätzt wie ihre Lebenserfahrung. Unvoreilhaft wirkt sich krallenartiges Anshireißen von Handouts wie bei einem Ausverkauf aus. Ganz schlecht ist es, wenn sie Stühle (und Tische) schon Stunden vor Seminar- bzw. Vorlesungsbeginn belegen.

Die Autorin ist Bachelorstudentin im 5. Semester Judaistik, 54 Jahre alt und war selber einmal GasthörerIn.



imagine everyone you knew hands tied and standing in a queue / this could be serious / surround the house with every dead / this could be serious / it could be so deadly deadly serious/ collecting diamonds from the fabric of the ocean / collecting diamonds from domestic mines / and risking all our lives for nothing / and in a fortnight they'll know everything about us / our brightest qualities, our cruelest lies / recording all our noise for nothing / we're making every noise we know / reciting every curse we know / that could be dangerous / communication can be impetuous / so so so very impetuous / collecting diamonds from the fabric of the ocean / collecting diamonds and some worthless stones / and risking all our lives for nothing / and in a year they'll forget everything about us / our harshest qualities, our private jokes / and selling all our noise for nothing

I cannot be found buried in the ground

please help me sir, I'm desperate / and I have no sense, no song to sing / please help me sir, I'm clean / please help me sir, I'm desperate / and I am no jewel, no diamond ring / no part of your collection

Q AND NOT U – COLLECT THE DIAMONDS